

hin sehen

Halbjahresmagazin
der Opferberatung Rheinland

■ **THEMENSCHWERPUNKT**4

**Für Erinnerung und
gegen das Vergessen:
Kämpfe um Erinnern
und Aufklärung**

■ **Perspektiven
von Betroffenen**.....14

■ **Beratung der OBR**.....16

■ **Rechte Gewalt in NRW**.....18

■ **Bildungsarbeit**.....20

■ **Service**.....25

Editorial

Liebe Leser:innen,

Gewalterfahrung kann sprachlos machen. Das Erleben von rechter Gewalt kann zu Traumatisierungen führen, die ein Sprechen über das Erlebte erschweren. Ein unkontrolliertes Sprechen über und Konfrontiert-Werden mit den eigenen Gewalterfahrungen kann triggern, überfluten, re-traumatisieren und sollte daher möglichst vermieden bzw. verhindert werden. Was als hilfreiche Erkenntnisse der traumapsychologischen Forschung verstanden werden kann, darf jedoch nicht zum Dogma werden: Es darf nicht dazu führen, dass andere für Betroffene entscheiden, was für sie aushaltbar, was für sie sagbar, worüber für sie sprechbar ist. Stattdessen muss es bei einer solidarischen Unterstützung von Betroffenen rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt darum gehen, zum einen die vielen Arten des Schweigen und ihre individuellen, kollektiven sowie auch gesellschaftlich bedingten Gründe aufzuzeigen – und zum anderen Möglichkeiten des Sprechens zu schaffen, anzubieten und einzufordern.

Klar ist: Betroffene brauchen sichere Räume, um über Erlebtes sprechen zu können. Diese sicheren Räume beziehen sich jedoch nicht allein auf den konkreten Ort des Sprechens: Sie sind angewiesen auf sichere Strukturen darüber hinaus. Dies gilt nicht allein für direkt Betroffene, denn: Jeder Angriff ist (auch) eine Botschaftstat. Er zielt auf die Verunsicherung Betroffener und deren Verdrängung aus dem gesellschaftlichen Diskurs.¹ Aus diesem Grund braucht es neben individuellen, intimen Orten auch Orte für kollektives Gedenken und Erinnern. Trotzdem musste und muss in Deutschland jede Form von öffentlichem Gedenken noch stets von Betroffenen, Überlebenden und Hinterbliebenen erkämpft werden. Ayesha Khan (2021)² stellt die These auf: Deutschland tut sich schwer, angemessen zu gedenken, weil es nicht mehr gedenken will. Denn: Erinnern heißt auch, sich mit Missständen, mit gesellschaftlichem und staatlichem Versagen, mit dem eigenen Beitrag zur Reproduktion und Aufrechterhaltung von rechten Strukturen bzw. der fehlenden Konsequenz von deren Bekämpfung auseinanderzusetzen. Insofern stört das Erinnern und Gedenken marginalisierter Communities: es stellt die Legitimität der Aufrechterhaltung des

„Normalzustands“ infrage. Es deckt Lücken auf und steht im Widerstand zu einer nationalen Instrumentalisierung von Erinnerungskultur mit dem Zweck der eigenen Rehabilitierung.³

Erinnerung braucht kritische Orte der Auseinandersetzung, in welchen immer wieder verhandelt gehört, was als angemessen und würdig empfunden wird. Erinnern und Gedenken ist mehr als nur Trauerbewältigung – es ist die Aufforderung zu Veränderung. Für eine würdige Erinnerung im Sinne der Betroffenen gilt es, neue Erinnerungskulturen und -praxen zu finden und zu entwickeln, diese zu verbinden und solidarisch zu unterstützen.

Wir hoffen, dass wir in dieser Ausgabe einen solidarischen Beitrag leisten konnten, die Stimmen und Perspektiven von Betroffenen sichtbar zu machen. Für die dritte Ausgabe möchten wir uns herzlichst für das Vertrauen und die zur Verfügung gestellten Artikel von Initiativen, Aktivist:innen, Betroffenen und externen Autor:innen, für ihre Perspektiven und Worte in dem Magazin Hinsehen bedanken. Wir bitten Sie als Leser:innen darum, diesen Stimmen Gehör und Zeit zu schenken und ihre Perspektiven und ihr Wissen ernst zu nehmen.

Erinnern produziert Wissen – jede Form des öffentlichen Gedenkens ist damit eine Aushandlung dessen, welche Erinnerungen und Erfahrungen Eingang in ein kollektives Gedächtnis finden. „Gedächtniskonkurrenzen werden aber weder den historischen Zusammenhängen gerecht noch den aktuellen Erfordernissen einer sich globalisierenden Erinnerungskultur. Sie verstellen den Blick auf die jeweils spezifische Geschichte“⁴. Für den Prozess des Erinnerns als politische Praxis gilt es, in persönlichen Erfahrungen eine gemeinsame kollektive Geschichte zu suchen, und diese in strukturelle Verhältnisse zu überführen – und dabei entstehende Erinnerungskonflikte anzuerkennen und auszuhalten. Auf diese Weise können – möglicherweise – gemeinsame, solidarische Kämpfe um Erinnerung gelingen.

Solidarische und herzliche Grüße

Das Team der OBR

1 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (2020). 10 Dinge, die Sie bei einem rassistischen Übergriff tun können. Online: www.amadeu-antonio-stiftung.de/was-tun-bei-rassistischen-angriffen-55567/ [17.11.2021].

2 Khan, Ayesha (2021). Unser Gedenken ist immer politisch. In: neues deutschland, 23.02.2021. Online: www.nd-aktuell.de/artikel/1148681.rassismus-unser-gedenken-ist-immer-politisch.html [17.11.2021].

3 Vgl. Zablotzky, Veronika/ Vanessa Eileen Thompson (2017). Nationalismen der Anerkennung – Gedenken, Differenz und die Idee einer „europäischen Kultur der Erinnerung.“ In: Zwischenraum Kollektiv (Hg.): Decolonize the City! Zur Kolonialität der Stadt. Gespräche – Aushandlungen – Perspektiven. Münster: Unrast. S.156-177.

4 Astrid Messerschmidt (2008). Postkoloniale Erinnerungsprozesse in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft – vom Umgang mit Rassismus und Antisemitismus. In: PERIPHERIE Nr. 109/110. 28. Jg. 2008. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 42–60.

Für Erinnerung und gegen das Vergessen: Kämpfe um Erinnern und Aufklärung

Dunkelfelder rassistischer Gewalt vor dem Mauerfall in den 1980er Jahren: Zur Erinnerungskultur als Praxis kollektiver Solidarität

Ceren Türkmen

Rassistische Gewalt vor dem Mauerfall

Vor zehn Jahren wurde über Nacht mit der Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) eine Zäsur in der Geschichte und Gegenwart des Rechtsterrorismus und Rassismus in Deutschland deutlich. Ungeachtet der sehr lange nur leisen Ahnung von Rassismus in der Gesellschaft erodierte von einem Moment auf den nächsten die Prämisse der demokratischen Verfasstheit Deutschlands. Für wen gelten Demokratie und die Verteidigung des Rechts auf Unversehrtheit in diesem Land nicht? Gilt das Recht für Betroffene rassistischer, rechtsterroristischer Gewalt auf Unterstützung und Schutz – auch seitens der Sicherheitsapparate?

Über zehn Jahre hinweg wurden aus dem Untergrund heraus zehn Menschen, neun migrantisierte und eine Polizeibeamte, ermordet, weil sie nicht in das rechte und rassistische Menschenbild der Mitglieder des NSU gepasst haben. Es wurden Banküberfälle und mindestens zwei Sprengstoffattentate verübt. Wie konnten drei Menschen im Untergrund über zehn Jahre hinweg ungestört und problemlos ihre Mordpläne quer durch die ganze Bundesrepublik entwickeln, durchführen und dabei unentdeckt bleiben? Wer hat ihnen geholfen? Wie konnten sie ein unbehelligtes Alltagsleben finanzieren und ungestört leben? Nach keinem der Morde hinterließen sie direkte Botschaften. Selbst den rechtsterroristischen und rassistischen Hintergrund der Morde kommunizierte nach dem Auffliegen des NSU das zu dem Zeitpunkt noch nicht gefangen genommene Mitglied der Gruppe mit dem Versenden der „Paulchen-Panther“-Videos.

Der gesellschaftliche, juristische und sicherheitspolitische Aufarbeitungsprozess setzte nach der Selbstenttarnung auf verschiedenen Ebenen an. Vor allem sollte die Frage der Hinterbliebenen und Betroffenen geklärt werden, wie die Mordfälle über zehn Jahre hinweg nicht als rassistische Terrorserie erkannt und die Morde an ihren Angehörigen nicht verhindert werden konnten. Nach wie vor sind sehr viele Fragen zum NSU hinsichtlich seiner Kontinuität zur

Geschichte und Gegenwart des Rechtsterrorismus in Deutschland offen. Die offenen Fragen verweisen auf massive Versäumnisse, fehlende Betroffenenperspektiven und nicht vorhandene Erinnerungskulturen zum Gedenken der Opfer und vor allem auch auf neue Forschungsfelder hinsichtlich des institutionellen Rassismus in den Behörden und in der Gesellschaft. Die Kontinuitäten sowohl des NSU als auch des Rassismus reichen dabei nicht nur bis in die 1990er Jahre, sondern bis in die 1980er Jahre hinein.

In den 1980er Jahren terrorisierten und mordeten die „Deutschen Aktionsgruppen“ um Manfred Roeder in München, Neonazis aus diesem Netzwerk wie Helmut Oxner, Sybille Vorderbrügge und Raymund Hörnle in Hamburg, die Wehrsportgruppe Hoffmann in Erlangen, die Hansa-Bande um Michael Kühnen Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei, die Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands, und Neonazis wie Helmut Okner in Nürnberg oder in Schwandorf (1988).¹ Der Spiegel warnt 1982 schon davor neben den organisierten Terrorereignissen, nicht die „rapide zunehmende alltägliche Gewaltanwendung und -androhung gegenüber Ausländern“ zu vergessen.²

Die Gewalt der 1980er Jahre zeichnet sich durch die Erfahrungen von offenem Alltagsrassismus in den Medien und in der Gesellschaft, von Angriffen auf Wohnungen und Geschäfte von Migrant:innen, Sprengstoffanschläge und Terror aus. Dennoch werden die 1980er Jahren heute kaum erinnert, die Gewaltfälle sind gesellschaftlich nicht aufgearbeitet oder geschweige denn ins kollektive Gedächtnis zurückgebracht und den Überlebenden und Hinterbliebenen wird nicht als Zeitzeug:innen der Gewalt zugehört.

- 1 Vgl. Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e. V. – apabiz (o.J.). Profil: Deutsche Aktionsgruppen. In: apabiz. Online: www.apabiz.de/archiv/material/Profile/DAG.htm [16.11.2021].
- 2 Vgl. Der Spiegel. „Nutten und Bastarde erschlagen wir. In Westdeutschland machen Gewalttäter mobil gegen Ausländer.“ Nr. 27. 4.7.1982. Online: www.spiegel.de/politik/nutten-und-bastarde-erschlagen-wir-a-12582a20-0002-0001-0000-000014346894 [16.11.2021].

Warum also gibt es keine Geschichtsschreibung rechts-rassistischer Gewalt der 1980er Jahre, obwohl sowohl die Gewaltfälle als auch der gesellschaftliche Rassismus in den Institutionen und in der Mitte der Gesellschaft virulent waren? Ein Grund liegt darin, dass es weder wissenschaftlich noch zivilgesellschaftlich eine hörbare Debatte über Rassismus vor dem Attentat in Hanau gab, und die politischen Auseinandersetzungen mit rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt erst allmählich beginnen. Bis heute werden rassistiskritische (nicht diversity-fokussierte) Wissenschaftler:innen seit den 1990er Jahren in den Akademien marginalisiert anstatt gefördert. Die Amnesie des Rassismus heute ist die Fortsetzung der fehlenden Aufarbeitung des Nationalsozialismus und des deutschen Kolonialismus.³ Doch die Unterlassung über Rassismus zu sprechen, setzte sich in einem doppelten Prozess durch: So wurde zum einen die freigesetzte Gewalt der Wiedervereinigung als Kollateralschaden aus der DDR dargestellt und aus der Perspektive der Bonner Republik als Wertekollision mit der demokratischen Bonner Republik diskutiert. Diese Exterritorialisierung rechter Gewalt in die ehemalige DDR erfand somit eine neue kulturelle Überlegenheit der Bonner Politik, die auf diese Art die Kontinuität zu rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in der alten Bundesrepublik brach. Zum anderen konnte gleichzeitig der Mauerfall nur durch den neuen geteilten Nationalismus in Ost und West getragen werden. Damit ist nicht der gestiegenen Gewalt und ihrer offenen gesellschaftlichen Akzeptanz nach dem Mauerfall widersprochen. Die Gewalt als Phänomen des „Ostens“ zu reduzieren – trotz des massiven Anstiegs der Gewalt in den 1990er Jahren und einer spezifischen territorialen Vernetzung im Osten – reduziert dennoch die gesellschaftliche Dynamik um die rassistischen Gewaltprozesse.

Duisburg 1984 – Rassistische Gewalt und institutioneller Rassismus

Einen der traurigen Beispiele für einen nicht-aufgeklärten rassistischen Gewaltfall der 1980er Jahre ist der ► **Brandanschlag 1984 in Duisburg**. In der Nacht vom 26. auf den 27. August 1984 verlieren Ramazan, Remziye, Rukiye, Aynur und Eylem Satir sieben ihrer Familienangehörigen durch einen Brandanschlag. Die Schwestern Rukiye und Aynur Satir springen aus dem zweiten Obergeschoss des Altbaus auf die Straße und retten ihr Leben schwer verletzt. Döndü, Çiğdem, Ümit und Songül Satir, Zeliha, Rasim und Tarık Turhan verlieren ihr Leben. Warum die Familie sieben Angehörige verliert, erfahren Remziye, Rukiye, Aynur und Eylem Satir,

Brandanschlag Duisburg 1984:

In der Nacht vom 26. auf den 27. August 1984 wurde das vor allem von Arbeitsmigrant:innen aus der Türkei bewohnte Haus in der Wanheimer Straße 301 in Duisburg-Wanheimerort in Brand gesetzt. Die Schwestern Ramazan, Remziye, Rukiye, Aynur und Eylem Satir verlieren bei dem mutmaßlich rassistisch motivierten Brandanschlag sieben ihrer Familienangehörigen: Döndü Satir (40 Jahre alt), Zeliha und Rasim Turhan (beide 18 Jahre alt), Tarık Turhan (1 Monat alt) sowie Çiğdem Satir (7 Jahre alt), Ümit Satir (5 Jahre alt) und Songül Satir (4 Jahre alt). 23 Personen werden zudem teils schwer verletzt. Den Hinweisen auf ein rassistisches Tatmotiv wurde in den Ermittlungen nach dem Brandanschlag nicht nachgegangen. 1993 gesteht die Täterin im Rahmen der Ermittlungen zum Brandanschlag auf ein Wohnheim für geflüchtete Personen in Duisburg-Hamborn auch die Tat in Duisburg-Wanheimerort. 2018 geriet das mutmaßlich rassistische Tatmotiv durch die Recherche im Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DOMiD) erneut in den öffentlichen Fokus. Seit 2018 setzt sich die Initiative Duisburg 1984 für die Überprüfung von Rassismus als Motiv den Brandanschlag vom 26. August 1984 in Duisburg-Wanheimerort ein.

OBR

die betroffenen Angehörigen und überlebenden Schwestern, nicht. Der Brandanschlag kann bis 1994 nicht aufgeklärt werden, obwohl es von Anfang an auch Hinweise auf ein rassistisches Tatmotiv gibt, denen die Ermittler aber nicht nachgehen.⁴ Der Fall, die Opfer und Hinterbliebenen werden vergessen. In der Berichterstattung um 1984 finden sich diskriminierende Fremdzuschreibungen, wie „Türkensiedlung“ oder „Ausländer“, aber nicht die Namen der Opfer. Dieser pietätlose und entwürdigende Umgang mit Opfern rassistischer Gewalt setzt sich später in medialen Titeln, wie den „Döner-Morde“ (NSU-Mord-Serie) fort. 1993, inmitten der rassistischen Pogromjahre im wiedervereinigten Deutschland, wird eine Duisburgerin festgenommen, weil sie einen ► **Brandanschlag auf ein Wohnheim für geflüchtete Personen 1993 in Duisburg** verübt hat. In Haft legt sie das Geständnis ab, im August 1984 auch das Haus in der Wanheimerstraße 301 in Brand gesetzt zu haben. Die Täterin wird durch ein forensisches Gutachten überführt, verurteilt und in der Psychiatrie untergebracht. Jenseits des Geständnisses ermitteln die Behörden – das wissen wir heute auf Basis der Akten der Duisburger Staatsanwaltschaft – jedoch nicht weiter.

³ Vgl. Liebscher, Doris (2021). Rasse im Recht – Recht gegen Rassismus. Genealogie einer ambivalenten rechtlichen Kategorie. Suhrkamp Verlag: Frankfurt/Main.

⁴ Vgl. Kocatürk-Schuster, Bengü/Ceren Türkmen (2019): „Duisburg 1984: aufarbeiten, kollektiv gedenken und anklagen. Online: <https://interkultur.ruhr/notiz/duisburg-1984-aufarbeiten-kollektiv-gedenken-und-anklagen> [16.11.2021].

Brandanschlag Duisburg 1993:

Am 26. Januar 1993 wird in Duisburg-Hamborn ein Feuer in einer Geflüchtetenunterkunft gelegt. Bei diesem Brandanschlag, neun Jahre nach dem Brandanschlag in Duisburg 1984, werden fünf Personen verletzt. Im Rahmen von Ermittlungen wird eine Täterin gefasst, die gleichsam den Brandanschlag auf in Duisburg-Wanheimerort 1984 gesteht. Der Brandanschlag in Duisburg-Hamborn 1993 reiht sich ein in die zahlreichen rechts-rassistisch motivierten Angriffe, Brandanschläge und Pogrome der 1990er Jahre im wiedervereinigten Deutschland, die sich vor allem gegen Unterkünfte von Vertragsarbeiter:innen und geflüchteten Personen sowie Wohnhäuser von migrantischen und migrantisierten Personen – u.a. in Rostock-Lichtenhagen 1991, Hoyerswerda und Mölln 1992 und Solingen 1993. (vgl. Wystrychowski, Leon. „SIE – TÖTEN – UNS“. Der Brandanschlag von Duisburg im lokalen und bundesweiten Kontext. In: MiGAZIN. 01.09.2020.)

OBR

Rassistische Gewalttaten sind Botschaftstaten.⁵ Sie zielen darauf ab, dass zufällig ausgewählte Personen, die repräsentativ für institutionelle wie auch gesellschaftlich marginalisierte und rassifizierte Gruppen in der jeweiligen Dominanzgesellschaft stehen, mit Gewalt stigmatisiert, verängstigt, ausgeschlossen, bis ausgelöscht werden sollen. Die Drohungen und Gewaltbotschaften richten sich über die angegriffene Person an die gesamte als „fremd“ markierte soziale Gruppe-soziale Gruppe. Rassistische Gewalt ist deshalb nie eine Einzeltat, sondern sie findet immer inmitten der strukturellen, institutionellen und gesellschaftspolitischen Verhältnisse statt. Die gesellschaftliche und politische Haltung gegenüber Rassismus, die strafrechtliche Verfolgung und konsequente Bekämpfung der Gewalt und von Täter:innennetzwerken sowie Sicherheitsbehörden gegenüber Gewaltfällen sind deshalb nicht nur gesellschaftlich für die Verteidigung einer offenen und demokratischen Gesellschaft wichtig. Vielmehr sind sie auch ein zentraler Baustein in der Traumaüberwindung oder -manifestierung für die Betroffenen. Geschieht dies nicht und folgt der Gewalterfahrung keine offizielle Anerkennung der Opfer rassistischer Gewalt und die Aufklärung, sondern erfah-

ren sie dann auch von institutioneller Seite keine Gerechtigkeit, keine Anerkennung als Opfer und kein Gedenken, manifestiert sich die Traumatisierung nachhaltig. Rassistische Gewalt prägt als biographische Erfahrungsdimension die Identität, dennoch sind Betroffene nie nur Opfer und Objekte der Gewalt. Sie setzen sich den gesellschaftlichen Bedingungen und infrastrukturellen Voraussetzungen entsprechend immer auch mit der erlebten rassistischen Gewalt auseinander. Ein eindrückliches Beispiel dafür ist, die Erinnerungsarbeit, die die Betroffenen in Duisburg gemeinsam mit der Initiative Duisburg 1984 begonnen haben.

Gedenken gegen das Vergessen

Als sich 2019 die Initiative Duisburg 1984 gemeinsam mit den Betroffenen entschieden hat, den vergessenen Brandanschlag neu aufzuarbeiten, zu gedenken und auf zivilgesellschaftlicher Ebene aufzuklären, waren 35 Jahre seit dem Brandanschlag vergangen. Weder wurde den Familienangehörigen öffentlich zugehört oder ihrer verstorbenen Familienmitglieder erinnert, noch wurden sie nach ihren Perspektiven gefragt. Es musste viel Zeit vergehen, es mussten viele Gespräche geführt werden, auch unter den Betroffenen, bis deutlich wurde, welchen Prozess der gesellschaftlichen Aufarbeitung Initiative und Betroffene gemeinsam gehen wollen. Auffallend und nachdrücklich ausschlaggebend für die Aufnahme des zivilgesellschaftlichen Engagements war die weiterhin akute Ungerechtigkeitserfahrung der Betroffenen über die mangelhafte juristische und die fehlende gesellschaftliche Aufarbeitung. Die Ermittlungsbehörden haben Rassismus als Motiv weder 1984 noch während des Strafprozesses 1994 ernst genommen, thematisiert oder konsequent danach ermittelt. Den unterschiedlichen Erfahrungsberichten der Betroffenen ist aber die narrative Erzählung gemein, dass die Gewalterfahrung durch den Anschlag sich infolge der sekundären institutionellen Gewalterfahrung vor und nach dem Anschlag als multiple Traumatisierung manifestiert. „Wir waren ja als Ausländer schon vor dem Anschlag keine Bürger, sondern Menschen 3. Klasse, das haben sie uns nach dem Anschlag auch so fühlen lassen. Weder wurden wir angehört, noch haben sie uns während der ganzen Jahre informiert. Ich habe sieben Mitglieder meiner Familie verloren, und ich bin jedes Mal zur Polizeibehörde gegangen und habe mich nach dem neuen Ermittlungsstand informiert. Es gab nie Neuigkeiten, aber das Unrecht, was uns angetan wurde, wurde mit den Jahren doch nicht weniger“, erinnert sich eine der überlebenden Schwestern, Remziye Satir Akkus. Trotz längeren Zögerns und genauester Überprüfung der Initiative kam die Anklage sehr schnell zu Beginn der gemeinsamen Arbeit: „Von Rassismus wurde damals nie gesprochen“, erinnerte sich Rukiye

5 Vgl. Initiative Duisburg 26. August 1984. Online: www.inidu84.de; vgl. Kleffner, Heike/Türkmen, Ceren (2020). Solidarisch & Professionell: Zwei Jahrzehnte unabhängige Beratung für Betroffene rechter, rassistisch und antisemitisch motivierter Gewalt. In: Kirmes, Michaela/Barwinski, Rosmarie: TRAUMA. Zeitschrift für Psychotraumatologie und ihre Anwendungen. Heft 1/2020: Schwerpunktthema: Opfer rechter Gewalt. Asanger Verlag. S. 96f.; vgl. Türkmen, Ceren (2020). „Migration und Rassismus in der Bonner Republik. Der Brandanschlag in Duisburg 1984“. In: Lierkes/Perinelli (Hg.). Erinnern Stören. Migrantische und jüdische Perspektiven auf den Mauerfall. Verbrecher Verlag: Berlin. S. 99-133.

Satır, die Überlebende des Brandanschlags aus Duisburg heute und fügt hinzu: „Wir haben damals an Ausländerfeindlichkeit (türkisch: yabancı düşmanlığı) gedacht, schließlich wurden wir schon in der Schule und Nachbarschaft ständig als ‚Kümmeltürken‘ bezeichnet.“ „Aber was hätten wir damals tun können, wir sprachen kaum Deutsch, hatten niemanden, der an unserer Seite stand, und wir waren sehr schwer verwundet, haben Jahre gebraucht, bis wir auf die Beine kamen“, erinnert sich eine weitere Betroffene der Familie. Deutlich wird, dass trotz der langen vergangenen Zeit das nur prekär bearbeitete, aber nicht individualisiert aufgearbeitete und biografisierte Rassismus-Trauma weiterhin lebensprägende Schmerzen verursacht.

2019 findet nach 35 Jahren die erste Gedenkveranstaltung statt, die die Initiative gemeinsam mit den Betroffenen organisiert. Erinnern heißt Kämpfen, aber im Duisburger Fall heißt Kämpfen überhaupt erst Erinnern. Dass Erinnerungskultur für Betroffene rassistischer Gewalt, in der institutionell noch keine Auseinandersetzung mit Rassismus stattfindet, in zivilgesellschaftlichen Räumen und als Praxis kollektiver Solidarität in einem vertrauten Prozess aufgebaut werden muss, zeigt das Symposium. Zu der ganztägige Gedenkveranstaltung kommen aus der ganzen Bundesrepublik Betroffene rassistischer Gewalt und solidarische Initiativen, die vor allem Gedenk- und Aufklärungsarbeit leisten. Zum ersten Mal seit dem Brandanschlag ergriffen die Betroffenen, etwa im Gespräch mit Ibrahim Arslan, Überlebender des Möllner Anschlags 1992, immer wieder das Mikrofon und sprachen. Sie erzählten ihre Geschichten, sprachen die Namen ihrer Familienangehörigen aus und sie beklagten immer wieder das Vergessen und das Unrecht, das ihnen angetan wurde, und dem keine Hilfe und Solidarität in den 1980er Jahren folgte. Sie berichteten von ihrer Kindheit oder erzählten aus dem Leben ihrer verstorbenen Familienangehörigen, zeigten Familienfotos von vor dem Anschlag. Suat Akkus las ein Gedicht vor, das er für seine verstorbene Schwiegermutter schrieb. Nicht alle konnten zu jeder Zeit sprechen, aber immer wieder gab es für jede einzelne Person den richtigen Moment für das Sprechen und ihre Erinnerungen. Die Suche nach Erinnerung ist auch, nachdem die Initiative

gegründet wurde, ein Kampf gegen die dominierende Erinnerungskultur geblieben: warum werden unsere Familienangehörige nicht erinnert? Warum kennt niemand ihre Namen? Warum erinnert sich eine Stadtbevölkerung und -politik nicht an die Brandanschläge 1984 und 1993, die doch in dieser Stadt stattfanden! Warum wird nicht vor Rassismus gewarnt, damit wenigstens heute eine solche Gewalt verhindert werden kann? „Wir selber mussten erst wieder sprechen lernen, wenn so lange vergessen wurde“, beschreibt Aynur Satır Akca den Prozess, der dann mit den eigenen Gedenkveranstaltungen, die seit 2019 jährlich organisiert werden, begann, „weil irgendwann verstummten sie selber, weil niemand wirklich in den Jahren mit uns geredet hat, weil niemand mit uns geredet hat, weil wir unsere Toten nicht zählten, weil wir nicht zählten und uns selber überlassen wurden, weil wir merkten, dass die Menschen in Duisburg nicht wussten, was 1984 geschah. Dann hab ich sogar irgendwann gedacht, ich muss es vergessen, um nicht als Lügnerin dazustehen, wenn ich mal bei einem Arzttermin den Grund für meine Rückenschmerzen erzähle. Wir haben irgendwann sogar aufgehört in der Familie darüber zu sprechen“, sagt Aynur Akca Satır.⁶

Gegen das Vergessen zu gedenken, Rassismus öffentlich beim Namen zu nennen, während keine offizielle Anerkennung der politischen, rassistischen Gewalt vorhanden ist, stört! Es stört, weil es an Rassismus erinnert, während Rassismus strukturell vergessen gemacht wird.⁷ Deshalb braucht es eine vielstimmige Erinnerungskultur, die zuerst stört, dann versöhnt, mahnt und demokratisiert.

Autorin

Ceren Türkmen ist Soziologin, arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Erinnerungskultur, Demokratie und Menschenrechte in Duisburg und als Lehrbeauftragte an der Alice-Salomon Hochschule in Berlin. Als antirassistische Menschenrechtsaktivistin ist sie seit Mitte der 1990er Jahre engagiert. Sie hat die Initiative Duisburg 1984 mitgegründet, ist im Bündnis „Unteilbar“ aktiv und Mitglied im Vorstand des Instituts für Solidarische Moderne.

⁶ Die Zitate sind Ausschnitte aus Interviews und Gesprächen mit den Betroffenen, die im Rahmen der Initiative Duisburg 1984 geführt wurden [Anm. d. Verf.in].

⁷ Vgl. Duman, Neworz/ Ibrahim Arslan (2021). Von Mölln bis nach Hanau: Erinnern heißt Verändern. Online: www.boell.de/de/2021/02/19/von-moelln-bis-nach-hanau-erinnern-heisst-veraendern [16.11.2021].

Kämpfe um Anerkennung

Fabian Virchow und Tanja Thomas

„Kein nächstes Opfer!“ – dieser Aufruf wurde auf großen Bannern am 06. April 2017 in verschiedenen Sprachen auf die Straßen der Stadt Kassel getragen. Wie bereits im Jahr 2006 organisierten Angehörige der vom so genannten ‚Nationalsozialistischen Untergrund‘ (NSU) Ermordeten eine Demonstration und erinnerten an die Tötung des damals 21-jährigen Halit Yozgat. Teilnehmer:innen beider Demonstrationen trugen vergrößerte Portraits der Ermordeten in den öffentlichen Raum. Damals lautete ihre Forderung: „Kein 10. Opfer!“ Sie machten auch in Redebeiträgen aus der Perspektive eines migrantisch **▶ situierten** Wissens sicht- und hörbar darauf aufmerksam, was Ermittlungsbehörden seit dem ersten NSU-Mord an Enver Şimşek im Jahr 2000 nicht sahen

▶ migrantisch situiertes Wissen:

Das Konzept „situiertes Wissen“ wurde 1988 von Donna Haraway für die feministisch-wissenschaftstheoretische Debatte entwickelt. Haraway geht dabei von einer grundsätzlichen Bedingtheit jeglichen (wissenschaftlichen) Wissens aus. Dies bedeutet: situiertes Wissen ist stets begrenzt. Als universell präsentiertes Wissen ist häufig nicht neutral, sondern sozial konstruiert. Herrschendes Wissen muss folglich stets aus unterschiedlichen Perspektiven heraus kritisch überprüft, dekonstruiert und interpretiert werden.

Migrantisch situiertes Wissen beschreibt in diesem Kontext Wissen, das anknüpft an spezifische individuelle sowie kollektive Erfahrungen, die an einen migrantisch-gesellschaftlichen Ort gebunden sind. Dies umfasst z. B. das Erleben von Ausgrenzung, Rassismus und Aneignungskämpfen sowie auch die Erfahrung um solidarische Netzwerke. Dieses Wissen wird in den (jeweiligen) Communities kommuniziert und zusammengetragen, im gesellschaftlichen Diskurs – auch um rassistische Gewalttaten und deren Aufklärung – jedoch häufig nicht ausreichend anerkannt und gewürdigt. Auf diese Weise erfährt die Perspektive von Betroffenen unzureichend Beachtung, und nur selten Eingang in die Prozesse der mehrheitsgesellschaftlichen Aushandlung von Wissen und Wahrheit. (vgl. Gender Glossar: [situiertes Wissen](#)) **OBR**

und was auch in der medialen Berichterstattung unthematisiert blieb: das rassistische Motiv der Mordserie. Lange vor dem allgemeinen Bekanntwerden des NSU und seiner rassistischen Verbrechen war die Botschaft der Morde von denen erkannt worden, an/gegen die sie gerichtet war – Menschen, die als ‚Andere‘ rassistisch markiert, zum Schweigen gebracht und vertrieben werden sollten.

Zwar wurde über solche Gewalt im Laufe der Jahrzehnte medial berichtet und gesellschaftlich diskutiert, allerdings wurde sie vielfach als unpolitisch oder als fehlgeleitete Aggression von Einzeltäter:innen abgetan. Kaum ernst genommen wurden die entstehenden rechten Gewaltstrukturen und -praktiken als permanente Bedrohung migrantischen, jüdischen und emanzipativen Lebens in Deutschland; noch weniger wurde hinsichtlich der rechten Gewalt und des gesellschaftlichen Umgangs mit ihr, der tief verankerte Rassismus und Antisemitismus zum Gegenstand von Erörterung gemacht. So wenig bisher migrantisches Leben als selbstverständlicher Teil der (Nachkriegs-)Geschichte Deutschlands anerkannt worden ist, so wenig gilt dies auch für die rechte Gewalt.

Den Betroffenen, Opfern und Überlebenden rassistischer Gewalttaten wurde die Anerkennung immer wieder verweigert, ihnen und den Angehörigen damit das Trauern um ihre Angehörigen und die Bearbeitung der Gewaltfolgen erheblich erschwert. Vielfach wurden Betroffene gar zu Mittätern gemacht – beispielweise im Falle von NSU-Morden und -Anschlägen oder beim Brandanschlag in Lübeck am 18. Januar 1996.

Viele Opfer rechter Gewalt wurden vergessen – selbst dort, wo es schwerste Gewaltverbrechen gab. Lange waren etwa der Tod von Şahin Çalıřır, der am 27. Dezember 1992 auf der Autobahn 52 bei Meerbusch auf der Flucht vor Neonazis von einem Auto überfahren wurde, oder die Ermordung der beiden vietnamesischen Asylsuchenden Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân am 22. August 1980 in Hamburg nur sehr wenigen Menschen noch in Erinnerung. Der Skandal um den NSU-Komplex hat dazu beigetragen, dass inzwischen an vielen Orten an die Betroffenen rechter Gewalt erinnert wird.

Die Praktiken des Erinnerns (Doing Memory) sind unterschiedlich, sie finden als Theater, Literatur, politischen Aktivismus, Straßenumbenennungen, Gedenkkundgebungen und vieles mehr Ausdruck. Das Erinnern ist nicht immer konfliktfrei; es stört dort – und muss dort stören, wo die Anerkennung verweigert wird, wo die Tatmotive und gesellschaftlichen Kontexte, wie z. B. Rassismus, Antisemitismus und Sozialdarwinismus, nicht deutlich angesprochen werden, sondern verschwiegen oder bagatellisiert werden. In solchen Anerkennungskämpfen geht es darum, die Stimmen der Betroffenen zu hören, ihre Erfahrungen ernst zu nehmen und – sofern erwünscht – die Prozesse der Selbstorganisation zu unterstützen. Anerkennende Erinnerung ist zwar vielfach konflikthaft, sie hat zugleich jedoch das

Potenzial, vielfältige Möglichkeiten des Austausches über gleiche politische und soziale Rechte als Grundlage des Zusammenlebens in heterogenen Gesellschaften zu eröffnen. Dabei ist zentral, dass Betroffene und Opfer zu Handelnden und Gestaltenden dieses ‚Doing Memory‘ werden (können). Gerichtet an die Gesellschaft, die als ▶ **postmigrantische** die gesamtgesellschaftliche Erfahrung und unumkehrbare Normalität von Migration zum Teil ihres Selbstverständnisses macht, lautet eine der Herausforderungen zu sprechen, um sich jeder Form eines rassistischen „komplizitären Schweigens“ (Aleida Assmann) entgegen zu stellen. Und es geht darum die Anerkennungsnormen, Privilegien und Institutionen in Frage zu stellen, die regulieren, wer gehört, was gesagt und woran erinnert werden kann – mit anderen Worten: die Strukturen und Praxen des ▶ **hegemonialen** Nicht-Hörens zu durchbrechen und sie zu überwinden, so dass das derzeit nicht-hegemoniale Wissen über Rassismus und rechte Gewalt gesellschaftstransformierende Resonanzen hervorrufen kann.¹

▶ **Postmigrantisch:**

Der Begriff postmigrantisch wurde in Deutschland von der Kulturschaffenden Shermin Langhoff eingeführt. Er beschreibt den Prozess, Gesellschaft nach erfolgter Einwanderung (Immigration) zu gestalten. Kategorien wie beispielsweise deutsch/nichtdeutsch verlieren dabei an Bedeutung. Vielmehr geht es darum, gemeinsam zuvor herrschende gesellschaftliche Verhältnisse und Missstände neu zu verhandeln. Dabei geht es zum einen um eine (politische) Anerkennung des gesellschaftlichen Wandels und der damit einhergehenden Heterogenität und Pluralität, zum anderen um damit einhergehende Notwendigkeiten struktureller und institutioneller Öffnungen, Veränderungen und entsprechende Aushandlungsprozesse. (vgl. NdM, Glossar: Postmigrantisch)

OBR

▶ **Projekthinweis:**

Ausführliche Informationen zum Projekt „Doing Memory“ finden Sie hier.

OBR

▶ **Hegemonie:**

Hegemonie bezeichnet nach Gramsci eine spezifische Art und Weise, auf die gesellschaftlich Macht ausgeübt wird. Das Konzept beschreibt, wie politische Gruppen sich nicht primär durch Gewalt, sondern vor allem durch die Formulierung zustimmungsfähiger Ideen und einer Kontrolle der Kultur gesellschaftliche Macht aneignen. Eigene Interessen werden hierzu als gesellschaftliche Allgemeininteressen definiert und durchgesetzt. Gelingt es, dahingehend eine gesellschaftliche Akzeptanz und Anerkennung zu erwirken, wird Herrschaft nicht durch Zwang, sondern durch Konsens ausgeübt. Die geschaffenen Herrschaftsverhältnisse, sowie die Ideologie, auf der sie beruhen, werden hierbei von der Mehrheit der Zivilgesellschaftlich als selbstverständlich verinnerlicht und auf diese Weise reproduziert und aufrechterhalten.

Hegemonial bedeutet in diesem Zusammenhang „vorherrschend“ oder „auf Hegemonie beruhend“ bzw. in gewissen Kontexten auch „auf Vorherrschaft bestrebt“. Nicht-hegemonial beschreibt entsprechend Wissen, Ideen o. ä., die zu der gelten Vorherrschaft im Widerspruch stehen bzw. diese aufzulösen versuchen. (vgl. Vey, Judith (2015). Gegen-hegemoniale Perspektiven. Analyse linker Krisenproteste in Deutschland 2009/2010. Rosa-Luxemburg-Stiftung. VSA: Verlag Hamburg.)

OBR

Autor:innen

Fabian Virchow ist Professor für Theorien der Gesellschaft und politischen Handelns an der Hochschule Düsseldorf. Seit dreißig Jahren befasst er sich mit Weltanschauung, Geschichte, Performanz und Gewalt der extremen Rechten sowie den gesellschaftlichen Ursachen beziehungsweise Reaktionen darauf. An der Hochschule Düsseldorf leitet er seit 2010 den Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA). In seinen Veröffentlichungen befasst er sich unter anderem mit theoretischen und methodischen Fragen der Forschung zur populistischen/extremen Rechten, zu Medien und Rechtsextremismus sowie zu Praxen der Erinnerung an rechte Gewalt.

Tanja Thomas ist Professorin für Medienwissenschaft mit dem Schwerpunkt Transformationen der Medienkultur an der Eberhard Karls Universität in Tübingen. In ihrem ersten wissenschaftlichen Projekt Mitte der 1990er Jahre beschäftigte sie sich mit Medien und Rassismus. Ihre Publikationen behandeln seither unter anderem die Konstruktion deutscher nationaler Identität in medialen Öffentlichkeiten, die mediale Verhandlung von Politiken der Migration, die Berichterstattung über die NSU-Morde von 2000 bis 2011, die Möglichkeiten von Partizipation, Sichtbarkeit und Anerkennung in gegenwärtigen Medienkulturen.

¹ Vgl. Virchow, Fabian/Tanja Thomas (2019). Praxen der Erinnerung als Kämpfe um Anerkennung. In: Durr, Tina/Reiner Becker (Hrsg.). Leerstelle Rassismus? Analysen und Handlungsmöglichkeiten nach dem NSU. Frankfurt am Main: Wochenschau-Verlag. S. 156-168.; vgl. Thomas, Tanja/Fabian Virchow (2021). Hegemoniales Hören und Doing Memory an rechte Gewalt. Verhandlungen politischer Kultur der Bundesrepublik in (medialen) Öffentlichkeiten. In: Seeliger, Martin/Sebastian Sevignani (Hrsg.). Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? Leviathan Sonderband 37. S. 205-226.

Erinnern und Vergessen

Maurice Uhrhan

Am 27. Juli 2021 jährte sich der rassistisch und antisemitisch motivierte Anschlag am S-Bahnhof Wehrhahn in Düsseldorf zum 21. Mal.

Für das Erinnern und gegen das Vergessen! Erinnern und Vergessen sind zwei Elemente, die wie Gegensätze sich zu widersprechen scheinen und doch sehr nah beieinander liegen. Beides sind Elemente von Erinnerungskultur, die in ihrer Dichotomie unzählige Geschichten und Erfahrungen verbindet. In den Kämpfen migrantischer situierter Selbstorganisationen und antifaschistischer Initiativen nach rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt bildet das Erinnern und Vergessen den roten Faden der Kontinuität. Wie eine Gratwanderung ist diese Linie zwischen Erinnern und Vergessen seit 1945 und bis heute ein Spiegel des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Im Erinnern und Vergessen zeigt sich, wie unsere Gesellschaft mit Betroffenen und Angehörigen umgeht, d. h. wie wir alle ihren Erfahrungen und ihren Forderungen nach Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung und Konsequenzen begegnen.

21 Jahre nachdem am 27. Juli 2000 am S-Bahnhof Wehrhahn in Düsseldorf eine Rohrbombe explodierte, während sich eine Gruppe teils jüdischer Sprachschüler:innen aus Russland, der Ukraine und Aserbaidschan am Zugang zum S-Bahnhof aufhielten, entschied der Bundesgerichtshof am 14.01.2021, dass der Freispruch gegen den Tatverdächtigen, einen extrem rechten ehemaligen Militaria-Händler, im Prozess um den sogenannten Wehrhahn-Anschlag Bestand hat. Das Urteil des Landgerichts Düsseldorf aus dem Jahr 2018 wurde vom Bundesgerichtshof insbesondere in Bezug auf die Beweiswürdigung überprüft, jedoch konnten keine Rechtsfehler ausgemacht werden.¹ Für die Betroffenen, d. h. die zehn Überlebenden und ihre Angehörigen, sowie die Angehörigen des ungeborenen, beim Anschlag getöteten Kindes, bleibt umso mehr die Trauer und die Wut in der Fragen um die Aufklärung und Erinnerung an den rassistischen

und antisemitischen Anschlag des 27. Juli 2000 groß.²

Nach der im letzten Jahr erstmals durchgeführten stadtpolitischen Gedenkveranstaltung muss auch im Kontext des diesjährigen Erinnerns die Frage aufgeworfen werden, wie ein Gedenken im Sinne der Betroffenen des Wehrhahn-Anschlags und ihrer Angehörigen umgesetzt werden kann? Vertiefend ist in der Kausalität des Anschlags und des Gedenkens die Frage zu stellen, wie aus politischer Perspektive ein rassistischer Anschlag in das kollektive Gedächtnis der Landeshauptstadt Düsseldorf zu überführen ist?³ Im Besonderen gilt es zu fragen, wie ein öffentliches Bekenntnis zur Erinnerung an das Todesopfer und die Überlebenden des Wehrhahn-Anschlags solidarisch und anerkennend etabliert werden kann? Diese Fragen benötigen auch nach der Gestaltung einer Gedenktafel, die in Zusammenarbeit mit einigen der Betroffenen des Anschlages sowie der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf und dem Arbeitskreis „Orte der Erinnerung“ entstand und einen dauerhaften Verweis auf den Anschlag am Wehrhahn in den städtischen Raum tragen soll⁴, eine aktive und kontinuierliche Auseinandersetzung mit der Fragestellung des Gedenkens.

Die Bedeutung der Perspektiven betroffener Personen in der Erinnerung und Aufarbeitung nach rassistischen, antisemitischen und politisch rechts motivierten Anschlügen soll im Folgenden noch einmal hervorgehoben werden: Überlebende und Angehörige haben nach dem Wehrhahn-Anschlag klar die Versäumnisse der Verwaltung sowie der politisch Verantwortlichen kritisiert. Deutlich wurde durch Betroffene benannt, dass sie in der Zeit nach dem Anschlag in keiner Weise ausreichend Unterstützung durch die Stadt oder die staatlichen Behörden

1 Vgl. Bundesgerichtshof (Hrsg.) (2021). Freispruch im sogenannten Wehrhahn-Verfahren rechtskräftig. Pressemitteilung Nr. 006/2021. Online: www.bundesgerichtshof.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/2021006.html [01.10.2021]; vgl. taz (Hrsg.) (2020). 20 Jahre ohne Klarheit. Online: <https://taz.de/Jahrestag-Wehrhahn-Anschlag/!5703922/> [01.10.2021].

2 Vgl. WDR (Hrsg.) (2021). Freispruch nach Wehrhahn-Anschlag bleibt bestehen. Online: www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/bgh-entscheidet-urteil-wehrhahn-anschlag-100.html [01.10.2021]; vgl. WDR (Hrsg.) (o.J.). Der Wehrhahnanschlag und die Folgen. Exklusive Einblicke in die Perspektiven von Opfern, Helfern und Ermittlern. Online: <https://reportage.wdr.de/wehrhahn-anschlag#12474> [01.10.2021]; vgl. Jüdische Allgemeine (Hrsg.) (2021). Wehrhahn-Urteil: Ein Schlag ins Gesicht. Unter: www.juedische-allgemeine.de/meinung/wehrhahn-urteil-ein-schlag-ins-gesicht [01.10.21].

3 Vgl. Rheinische Post (Hrsg.) (2021). Gedenktafel für Opfer von Wehrhahn-Anschlag beschmiert. Online: https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/duesseldorf-wehrhahn-gedenktafel-fuer-anschlag-opfer-beschmiert_aid-55658493 [01.10.2021].

4 Vgl. ebd.

erfahren haben.⁵ Ebenso muss unterstrichen werden, dass eine öffentliche Auseinandersetzung und eine gesellschaftliche, juristische wie auch politische Aufarbeitung mit den fehlerhaften, strafrechtlichen Ermittlungen seitens der verantwortlichen Behörden fehlt.⁶

Im Hinblick auf die zuvor formulierten Fragestellungen des Gedenkens gilt es transparent zu machen, dass das Gedenken zum 21. Jahrestag des Wehrhahn-Anschlags in diesem Jahr, d. h. nur ein Jahr nach der stadtpolitischen Gedenkfeier des zwanzigsten Gedenktages, lediglich von zwei Akteur:innen öffentlich und doch separat voneinander gestaltet wurde: 1. in Form einer Kooperation des Erinnerungsorte Alter Schlachthof, dem soziokulturellen Zentrum Zakk und Schüler:innen der Courage AG von der Werner von Siemens Realschule sowie 2. in Form einer Gedenkkundgebung des Bündnisses Düsseldorf stellt sich Quer [DSSQ].⁷ Begleitet wurden diese Ansätze des öffentlichen Gedenkens von symbolischen Aktionen verschiedenen antifaschistischen Gruppierungen, die anonym ihre Anteilnahme am Gedenken an das Opfer und das Erinnern an den Wehrhahn-Anschlag mit den Überlebenden und Angehörigen kundtaten.

In der Auseinandersetzung mit dem 21. Jahrestag zum Gedenken an den Wehrhahn-Anschlag soll mit Blick auf die Frage nach der Etablierung des angemessenen öffentlichen Gedenkens im Sinne der Betroffenen und Ihrer Angehörigen die Aussage des Bündnis Kein Schlussstrich Hessen herausgestellt werden:

„Dabei müssen die Stimmen, Forderungen und Anklagen der Angehörigen und Überlebenden rassistischer und antisemitischer Gewalt im Vordergrund stehen. Es muss Raum geben für ihre Geschichten und wir müssen alle ernsthaft, offen, ehrlich zuhören.“

5 Vgl. Erinnerungsort Düsseldorf (Hrsg.) (2020). 20 Jahre: Gedenkfeier zum Bombenanschlag am S-Bahnhof Düsseldorf Wehrhahn. Online: www.erinnerungsort-duesseldorf.de/neuigkeiten/245-20-jahre-gedenkfeier-zum-bombenanschlag-am-s-bahnhof-d%C3%BCsseldorf-wehrhahn [01.10.2021].

6 Vgl. NSU – Watch NRW (Hrsg.) (2015). Ein Rück- und Ausblick (fast) 15 Jahre danach. Online: <https://nrw.nsu-watch.info/der-duesseldorfer-wehrhahn-anschlag/> [01.10.2021]; vgl. LOTTA #66 (Hrsg.). (2017). (Nicht-) Aufklärung mit vielen Fragen. Aktualisierung der Erkenntnisse über den Düsseldorfer Wehrhahn-Anschlag. Online: www.lotta-magazin.de/ausgabe/66/nicht-aufkl-rung-mit-vielen-fragen [01.10.21].

7 Vgl. Ddorf-aktuell Internetzeitung Düsseldorf (Hrsg.) (2021). Düsseldorf: 21. Jahrestag des Wehrhahn-Anschlags – ein stilles Gedenken. Online: www.ddorf-aktuell.de/2021/07/27/duesseldorf-21-jahrestag-des-wehrhahn-anschlags-ein-stilles-gedenken/ [01.10.21].

Statt diese Räume und Perspektiven zu vereinnahmen, müssen wir die Forderungen der Angehörigen und Überlebenden ernst nehmen und darauf Konsequenzen folgen lassen.“

(Bündnis Kein Schlussstrich Hessen (2020))⁸

Hieraus ergibt sich eine Grundhaltung gegenüber der Fragestellung von Erinnerung und nach Formen und Möglichkeiten von Erinnerungskultur. Im Fokus stehen dabei die Perspektiven und die differenzierten Blicke der Betroffenen und Angehörigen, die als wesentliches und bestimmendes Element von Erinnerungskultur zu verstehen sind. Die Aufforderung lautet: Überlebenden und Angehörigen rassistischer und antisemitischer Anschläge zuzuhören und ihre Bedarfe und Forderungen ernst nehmen, um unterstützend und mit ihnen das Erinnern und Gedenken zu gestalten. Das Bündnis Kein Schlussstrich Hessen betont:

„Die Angehörigen und Überlebenden formulieren sehr klar, was sie wollen. Obwohl es sie unvorstellbare Kraft kostet, haben sie es ungezählte Male ausgesprochen. Dennoch wird ihnen kaum ehrlich zugehört – und auch das ist Teil rassistischer Strukturen.“

(Bündnis Kein Schlussstrich Hessen (2020))⁹

Darüber hinaus ergeben sich Fragen nach einer solidarischen Unterstützungsarbeit und stärken der Selbstermächtigung. Gülüstan Avcis formulierte in einem Interview mit der Tageszeitung taz am 20.12.2019 zur Frage der Unterstützung durch eine Solidaritäts-Demonstration und der Gründung der Initiative zum Gedenken an ihren Lebenspartner Ramazan Avcı:

„taz: Nach dem Tod Ramazans gab es eine Solidaritätsdemo in Hamburg. Hat Ihnen das geholfen?“

Gülüstan Avcis: Ich hatte gerade das Kind auf die Welt gebracht und wurde ziemlich abgeschottet. Ich habe mich auch selbst abgeschottet, weil ich die Ereignisse gar nicht habe verarbeiten können. Ich habe das alles gar nicht mitbekommen und erst später gehört, dass so viele daran teilgenommen haben. Aber man muss auch sagen, dass danach die Solidarität abgebrochen ist.

taz: Die Initiative wurde 2010 von Ihnen bis dahin Fremden gegründet. Wie war das für Sie?

8 Vgl. Bündnis Kein Schlussstrich Hessen (2020). Die Forderungen der Betroffenen müssen an erster Stelle stehen. In: Bündnis Tag der Solidarität – Kein Schlussstrich Dortmund (Hrsg.). Trauer, Wut und Widerstand. Antirassistische Initiativen und Gedenkpolitik. Dortmund: Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW e. V. S. 56-59.

9 Vgl. ebd.

Gülstan Avcis: Vorher war ich sehr alleine. Als die Initiative auftauchte, habe ich gefühlt, dass diese Menschen hinter mir stehen. Bis dahin habe ich mich immer zurückgehalten und bin nicht an die Öffentlichkeit gegangen. Durch sie habe ich Mut gefasst und mich an die Öffentlichkeit gewandt, damit diese Tat nicht in Vergessenheit gerät.“
(taz. 2019)¹⁰

Auch die staatlichen Ermittlungsverfahren und die juristische Aufklärung in Prozessen, wie dem Prozess zum Wehrhahn-Anschlag, sind wichtige Elemente von Erinnerungskultur nach rechten, rassistischen und antisemitischen Anschlägen. Mit Blick auf die zehn Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)¹¹ zwischen 2000 und 2006, den Wehrhahn-Anschlag¹² 2000 sowie die zahlreichen rechten Gewalttaten seit 1945 (insbesondere in den 1980 und 1990er Jahren) stehen jedoch folgende zwei Tatsachen einer Erinnerungskultur im Weg: Erstens kämpfen zum Teil noch heute Überlebende, Hinterbliebene und Angehörige um die offizielle Anerkennung als rassistisch, antisemitisch und politisch rechts motivierte Anschläge¹³ und zweitens sind in den letzten Jahren zahlreiche, wiederkehrende Mängel und Fehler in den Ermittlungsverfahren seitens staatlicher Behörden und Sicherheitsorgane bekannt geworden. Zu diesem Versagen zählen zahlreiche als „Ermittlungsspannen“ deklarierte Ermittlungsfehler und die Vernichtung von Akten, der frühzeitige Ausschluss rassistischer und antisemitischer Tathintergründe und rechten Terrors innerhalb von Ermittlungsverfahren sowie die sowie die gleichsam durch strukturellen Rassismus geprägten Verdächtigungen innerhalb des persön-

lichen Umfelds der Opfer und Angehörigen.¹⁴ Hieraus formulieren Betroffene und Angehörige deutlich die Forderung, strukturellen Rassismus in den entsprechenden Behörden nicht länger zu (ver-)decken, sondern bewusst strukturelle Veränderung in Institutionen anzustoßen und umzusetzen.¹⁵

Die Herausforderungen eine Erinnerungskultur im Verständnis und im Zusammenwirken mit Betroffenen und Hinterbliebenen nach rassistischen, antisemitischen sowie (extrem) rechten Anschlägen und Gewalttaten zu etablieren und zu gestalten, sind und bleiben groß. Dies gilt im Besonderen mit Fokus auf das Verhalten der Öffentlichkeit/Mehrheitsgesellschaft. Die Fragestellungen um diese Auseinandersetzung, muss auch für den rassistisch und antisemitisch motivierten Anschlag am 21. Juli 2000 am S-Bahnhof Wehrhahn in Düsseldorf, bei dem ein ungeborenes Kind starb und zehn Personen verletzt wurden, angeführt werden.

Leitend für eine gemeinsame Erinnerungskultur muss das Anliegen einer solidarischen Mehrheitsgesellschaft sein, *erstens* als Verstärker:in den Forderungen von Angehörigen und Überlebenden nachzugehen; *zweitens* als kritische Begleiter:innen die staatlichen Ermittlungsverfahren sowie die Rolle von staatlichen Behörden zu hinterfragen; und *drittens* als nachhaltige Unterstützer:innen die Anerkennung der Todesopfer, der Überlebenden und Angehörigen durch politischen Mandatsträger:innen zu forcieren und das Gedenken und Erinnern gegen das Vergessen im kollektiven Gedächtnis unserer Gesellschaft zu verankern.

Autor

Maurice Uhrhan ist als Berater für die Opferberatung Rheinland tätig. Die Beratungsstelle unterstützt Betroffene rechter, antisemitischer und rassistischer Gewalt.

¹⁰ Vgl. Taz (Hrsg.) (2019). „Ich war sehr alleine“. Online: <https://taz.de/Hinterbliebene-ueber-rassistischen-Mord/15647296/> [01.10.2021].

¹¹ Vgl. Taz (Hrsg.) (2012). Sie hätten nur hinhören müssen. Online: <https://taz.de/Fehler-bei-NSU-Ermittlungen/15080459/> [01.10.21]; vgl. Br (Hrsg.) (2013). Das Versagen der Behörden. Mord- und Pannenserie. Online: www.br.de/nachricht/nsu-prozess/nsu-mordserie-versagen-der-behoerden100.html [01.10.2021].

¹² Vgl. NSU – Watch NRW (Hrsg.). Pressemitteilung und Stellungnahme zum Urteil im Wehrhahn-Prozess (2018). <https://nrw.nsu-watch.info/pressemitteilung-und-stellungnahme-zum-urteil-im-wehrhahn-prozess/> [01.10.2021].

¹³ Vgl. Initiative Duisburg 26. August 1984 (2020). „Von Rassismus wurde damals nie gesprochen“. In: Bündnis Tag der Solidarität – Kein Schlussstrich Dortmund (Hrsg.). Trauer, Wut und Widerstand. Antirassistische Initiativen und Gedenkpolitik. Dortmund: Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW e. V. S. 16-19.

¹⁴ Vgl. Initiative Duisburg 26. August 1984 (2020). „Von Rassismus wurde damals nie gesprochen“. In: Bündnis Tag der Solidarität – Kein Schlussstrich Dortmund (Hrsg.). Trauer, Wut und Widerstand. Antirassistische Initiativen und Gedenkpolitik. Dortmund: Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW e. V. S. 16-19.; vgl.: Initiative kritisches gedenken erlangen (2020). Eine kritische Gegenerzählung zur Entpolitisierung. In: Bündnis Tag der Solidarität - Kein Schlussstrich Dortmund (Hrsg.). Trauer, Wut und Widerstand. Antirassistische Initiativen und Gedenkpolitik. Dortmund: Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW e. V. S. 13-15.

¹⁵ Vgl. Taz (Hrsg.) (2021). „Bin ich Deutscher zweiter Klasse?“ Online: <https://taz.de/Opfer-zu-10-Jahren-NSU-Selbstenttarnung/15813082/> [19.11.21].

„Erst einmal: hört auf die Betroffenen“

Interview von Sabrina Hosono mit Kutlu Yurtseven

Am 09. Juni 2004 explodierte auf der migran-tisch geprägten Keupstraße in Köln eine vom „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) gezündete Nagelbombe mit dem Ziel möglichst viele Anwohner:innen zu töten, zu verletzen und ihre anliegenden Geschäfte und Häuser zu zerstören. Mindestens 22 Menschen wurden teils lebensgefährlich verletzt. In nachfolgenden Ermittlungen fand die Perspektive der Betroffenen jedoch lange keine Beachtung. Die Anwohner:innenschaft der Keupstraße wurde kriminalisiert, während die wirklichen Täter:innenstrukturen unbehelligt blieben. Die mediale Berichterstattung übernahm die stigmatisierenden und rassistischen Thesen der Ermittlungsbehörden, eine solidarische Unterstützung durch die Öffentlichkeit blieb aus. Erst mit der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 wurde auch für die deutsche Öffentlichkeit klar: Die Tat hatte einen rassistischen Hintergrund, die Täter:innen sind deutsche Nazis, es geht um rechtsextremen Terrorismus.

Die Initiative „Herkesin Meydanı – Platz für Alle“ setzt sich für einen Lern- und Erinnerungsort in Gedenken an die Opfer der rassistischen Anschläge des Nazi-Netzwerks „NSU“ in Köln ein – und kritisiert, dass 20 Jahre nach dem ersten Mord an Enver Şimşek in allen Städten, in denen der NSU gemordet oder Anschläge begangen hat, sichtbar und dauerhaft daran erinnert wird, nur in Köln nicht.

Das Team der OBR durfte mit Kutlu Yurtseven, welcher sich in der Initiative engagiert, sprechen:

OBR: Sie setzen sich mit Überlebenden, Zeitzeug:innen, Bewohner:innen und Aktivist:innen für die Realisierung eines Gedenkortes in der Kölner Keupstraße ein. Was steht hinter Ihrer Forderung? Wieso braucht es einen Ort zum Gedenken in Köln?

Kutlu Yurtseven: Warum braucht es ein Mahnmal in Köln: um zu erinnern. Um das würdige Gedenken zu leben. Und: weil es die Menschen von der Keupstraße verdient haben. Das Mahnmal soll ein besonderer Ort sein, an dem Gedenken verbunden werden kann, an dem Menschen über den Anschlag informiert werden und über die Stigmatisierung und die Kriminalisierung, mit der Betroffene über Jahre hinweg konfrontiert waren, aufgeklärt werden. Und dann gehen sie raus, von dem Platz herunter auf die Straße und sehen: Das sind die Menschen, denen das passiert ist. Hier haben Rassisten versucht zu morden, haben Menschen schwer verletzt und

traumatisiert, terrorisiert. Aber: genau diese Menschen sind noch da. Menschen, die hierher kommen sollen sehen, dass die Betroffenen gemeinsam dafür gekämpft haben, dass es weiter geht.

Es war der Wunsch eines großen Teils dieser Straße, vor allem der Menschen, die es erlebt haben, dass dieses Mahnmal dahin kommt. Wir als Initiative unterstützen nur diese Forderung hoffen, dass diese Unterstützung Früchte trägt und sich die Betroffenen von unserer Unterstützung abgeholt fühlen. Köln ist der einzige Ort innerhalb der vielen Morde des NSU-Komplexes, an dem es noch kein Mahnmal, keinen Gedenkplatz gibt. Und deswegen muss dieses Mahnmal nach Köln. Damit auch Köln endlich versteht: Das war ein Angriff auf Köln. Das war ein Angriff auf Menschen, die seit Jahrzehnten hier leben.

OBR: Der Rat der Stadt Köln hat 2015 in einem Beschluss festgehalten, dass es einen Gedenkort braucht. Im Rahmen eines Auswahlprozesses fiel der Entschluss einer Jury aus Bewohner:innen der Keupstraße, Kunstexpert:innen und Politiker:innen auf einen Entwurf des Berliner Künstlers Ulf Aminde „Herkesin Meydanı – Platz für Alle“. Was überzeugt eurer Ansicht nach an diesem Entwurf?

Kutlu Yurtseven: Von meiner Erfahrung her und aus Gesprächen, die ich geführt habe, war es vor allem der Aspekt, dass es sich um ein visuelles, ein bewegliches und ein sich immer wieder entwickelndes Mahnmal handelt, und, dass das Mahnmal direkt auf der Keupstraße stehen sollte, der überzeugt hat. Die Idee und die Geschichte, die dieses Mahnmal erzählt, ist tief verwurzelt und verbunden mit der Straße und diesem rassistischen Anschlag – und deswegen haben sich die Menschen für diesen Entwurf von Ulf Aminde entschieden.

Warum? Weil ein Mahnmal in so unmittelbarer Nähe so viel Kraft hat und Menschen so viel Kraft gibt, sich mitzuteilen und ein würdiges Gedenken zu leben – auch für die Zukunft. Natürlich versuchen wir – auch durch ein würdiges Gedenken –, dass sich so eine Tat nicht wiederholt, aber leider können wir das nicht garantieren. Genau deswegen braucht es derartige Treffpunkte, an denen sich Menschen treffen und über das Erlebte sprechen können.

OBR: In diesem Jahr war der 20. Jahrestag des Anschlags in der Probsteigasse (2001) und der 17. Jahrestag des Anschlags in der Keupstraße (2004). Noch steht der „Herkesin Meydanı –

Platz für Alle“ nicht. Woran liegt das Eurer Ansicht nach?‘

Kutlu Yurtseven: Es lag nicht im Interesse der Konstellation aus Stadt und Investor:innengruppe, dieses Mahnmal dorthin zu bauen, und die Wünsche und die Interessen der Betroffenen haben an dieser Stelle erst einmal keine Rolle gespielt. Das hat sich jetzt geändert: es werden gerade gute Schritte getan. Wir haben uns mit der Straße für dieses Mahnmal eingesetzt – und natürlich gibt es immer wieder Punkte, die verbesserungswürdig sind, aber es ist schon einmal ein Vorteil, dass wir an dem Punkt sind, dass wir darüber diskutieren können. Das ist ganz wichtig und lässt hoffen. Nur, die Erfahrungen haben auch gezeigt, dass wir erst einmal zurückhaltend mit dem Verzeichnen von Erfolgen sein sollten. Wenn das Mahnmal am Ende auf der Keupstraße steht, wenn wir die Wünsche der Menschen von der Keupstraße bündeln konnten, dann können wir auf jeden Fall sagen, der ganze Streit hat sich gelohnt. Aber bis dahin gibt es eben noch einen Weg, den wir gemeinsam bestreiten müssen, auch Kritik üben müssen, auch Diskussionen ausfechten müssen. Es werden jetzt wichtige gute Schritte getan und ich hoffe, dass sie auch bis zum Ende getragen werden. Zum einen, weil es die Menschen von der Keupstraße verdient haben, und zum anderen, weil es ein Platz für die Zukunft ist. Denn es gibt keine Zukunft ohne Erinnerung und deswegen erinnern wir auch für die Zukunft.

OBR: Die Anschläge sind Teil der NSU-Mordserie und bilden mit weiteren Morden und Anschlägen – u. a. in Halle am 09. Oktober 2019 und 19. Februar 2020 in Hanau – eine Reihe rechtsterroristischer, rassistisch und antisemitisch motivierter Gewalttaten in Deutschland. Was wünscht Ihr Euch bzw. was braucht es jetzt und zukünftig von Politik und Zivilgesellschaft?

Kutlu Yurtseven: Erst einmal: hört auf die Betroffenen. Und das wünsche ich mir nicht nur von der Politik oder nur von der Zivilgesellschaft oder nur von uns Aktivist:innen, sondern von allen. Hört den Betroffenen zu. Und vor allem, wenn so ein Anschlag geschieht: Hört auf mit eurer Stigmatisierung, der Kriminalisierung, und der Verhöhnung der Betroffenen. Weil: diese Menschen sind traumatisiert und sie haben eine

Stimme. Gebt ihnen den Freiraum, dass sie reden – und nehmt sie ernst.

Außerdem muss das Gedenken verbunden werden. Es gibt so viele rassistische Morde und Anschläge seit 1979 in Deutschland – also ab dem Zeitpunkt, ab dem wir gezählt haben. Es gibt keinen Einzelfall – es ist ein Komplex. Die Auflösung des NSU-Komplexes ist ein Wunsch, der leider momentan sehr utopisch klingt. Aber wir kritisieren, dass er nicht einmal durchleuchtet wurde – denn es handelt sich um ein riesen Netzwerk. Wenn wir das nicht auflösen, wenn wir es nicht benennen, dann kann es immer wieder passieren. Es sind feste Strukturen, es sind feste Netzwerke, keine Einzelfälle von verhüllten Täter:innen.

Ich bitte darum auch die Zivilgesellschaft, da ein Auge drauf zu haben. Wir brauchen nicht nur die Aktivist:innen, sondern auch eine Zivilgesellschaft, die das sieht und die Betroffene ernst nimmt, die die Überlebenden ernst nimmt und die Familien ernst nimmt: Das verlange ich.

An uns Aktivist:innen habe ich den Wunsch, dass wir all das bündeln, und dass wir genauso den Betroffenen zuhören. Es wird nie eine Politik geben ohne Menschlichkeit – wir müssen die Menschen mit dem Herzen gewinnen. Wir müssen ihr Vertrauen gewinnen, wir müssen Ihnen einen Rahmen geben, in dem sie erzählen, und wir einfach nur zuhören – und zwar lange zuhören.

Und von der Zivilgesellschaft, dazu gehören auch wir als Aktivist:innen, wünsche ich mir einfach: noch mehr Courage. Noch viel mehr Courage, aufzustehen und Stigmatisierung und Kriminalisierung durch die Medien und die Behörden zu hinterfragen, und sie nicht einfach hinzunehmen, nur weil sie vielleicht den eigenen Klischees und Vorurteilen entsprechen.

Das Team der OBR bedankt sich bei Kutlu Yurtseven für das Interview.

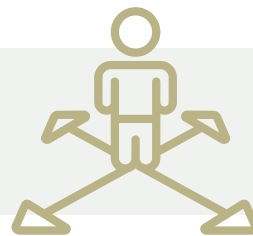
Interviewpartner:

Kutlu Yurtseven ist Mitbegründer der Initiative „Keupstraße ist überall“ und der Initiative „Herkesin Meydanı – Der Platz für Alle“, die sich nach den Anschlägen des NSU in der Kölner Pobsteigasse (19. Januar 2001) und der Köln-Mühlheimer Keupstraße (9. Juni 2004) gründeten.

Autorin

Sabrina Hosono arbeitet als Referentin für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Opferberatung Rheinland. Darüber hinaus ist sie als freie politische Bildnerin mit Schwerpunkt im Themenkomplex Diskriminierungskritik tätig.

1 Anmerkung der Redaktion: Zum Zeitpunkt des Interviews stand die Entscheidung des Rats der Stadt Köln noch aus. Mittlerweile ist eine Entscheidung getroffen worden: Der Stadtrat hat den Entwurf Ulf Alminde offiziell angenommen und stellt 60.000 € für die Errichtung des Mahnmals sowie 15.000 € jährlich für Veranstaltungen vor Ort und die Entwicklung von Filmen zur Verfügung. Der rund 550qm große Platz wurde von der Stadt zum öffentlichen Raum umgewidmet und in „Birlikte-Platz“, „Zusammenstehen-Platz“, umbenannt (vgl. Stadt Köln. Denkmal zur Erinnerung an die Anschläge des NSU. Pressemitteilung. 10.11.2021).



„Ich wünsche mir eigentlich nur Gerechtigkeit und ein gutes Leben für meine Kinder“

Interview von Jan-Robert Hildebrandt mit Dragan J.

Dragan J. flüchtete 1993 mit seiner Familie aus dem ehemaligen Jugoslawien nach Deutschland. Am 26. Januar 1994 legten unbekannte Täter:innen aus allem Anschein nach rassistischen Beweggründen ein Feuer in der Kölner Notunterkunft der Familie. Sieben Familienmitglieder wurden mit schweren Verbrennungen ins Krankenhaus gebracht. Seine Tante Raina und seine Tochter Jasminka verstarben kurze Zeit später. Seit nun mehr als 27 Jahren lebt die Familie lediglich geduldet in einer Unterkunft für geflüchtete Personen in Köln und kämpft seitdem für Ihren sicheren Aufenthalt.

OBR: Vielen Dank, Herr Dragan J., dass Sie sich für dieses Interview Zeit genommen haben und bereit sind, unsere Fragen zu beantworten. Sie haben in Folge des Brandanschlags 1994 Ihre 12-jährige Tochter Jasminka und Ihre Tante Raina verloren. Können Sie mir beschreiben, wie die Zeit nach dem Brandanschlag für Sie war? Welche Herausforderungen hatten Sie und Ihre Familie zu bewältigen?

Dragan J.: „Es war eine totale Katastrophe. Fast meine ganze Familie war im Krankenhaus. Alle mit starken Verbrennungen. Dann ist erst meine Tante und dann auch noch meine Tochter gestorben. Ein riesen Albtraum. Und als wären wir nicht schon genug gestraft, bekommen wir wenige Tage nach dem Tod meiner Tochter einen Abschiebebescheid, dass wir Deutschland sofort verlassen müssen. Ich werde diese Zeit niemals vergessen.“

OBR: Wie haben Sie die Ermittlungen von Polizei und Justiz wahrgenommen? Wurde der Brandanschlag aus Ihrer Perspektive ausreichend aufgeklärt?

Dragan J.: „Welche Ermittlungen? Ich habe das Gefühl, dass der Brand überhaupt gar nicht richtig untersucht wurde. ‚Waren ja nur ein paar Roma‘. Ich habe aber auch nicht viel mitbekommen, da ich die Gedanken bei meiner Familie hatte. Doch eines weiß ich noch ganz genau. Von Rassismus hat niemand gesprochen. Trotz des ganzen Hasses, der Demonstrationen gegen uns und der Aussagen von einigen, dass man uns et-

was antun wird. Für das alles hat sich die Polizei nicht interessiert.“

OBR: Wie haben Sie die gesellschaftliche Solidarität nach dem Brandanschlag Ihnen und Ihrer Familie gegenüber wahrgenommen? Haben Sie Unterstützung von der Politik oder anderen Akteur:innen erfahren oder haben zumindest die Medien über den Brandanschlag und das Motiv dahinter berichtet?

Dragan J.: „Also Unterstützung haben wir nicht bekommen. Eher ja das Gegenteil. Wir sollten wieder raus aus Deutschland. Die Politik hat sich nicht interessiert. Wahrscheinlich auch, weil die Polizei sich nicht für die Wahrheit interessiert hat. Wir waren an sich ganz allein. Wäre der Rom e. V. nicht auf uns zugekommen und hätte uns unterstützt... Ich weiß nicht, was dann passiert wäre. Was die Zeitungen geschrieben haben, habe ich erst später gesehen. Aber auch da stand nichts von Rassismus. Darüber hat nur der Rom e. V. geschrieben. Aber auf die hat anscheinend niemand gehört.“

OBR: Fand über all die Jahre ein für Sie würdiges Gedenken an die Tat und den Tod ihrer Familienmitglieder statt?

Dragan J.: „Was heißt ‚würdig‘? Wir hatten erstmal genug damit zu tun, uns um unsere Sicherheit und den Aufenthalt zu kümmern. Meine Tochter wurde ja auch in Serbien beerdigt. Bis vor zwei Jahren hat uns die Ausländerbehörde nicht dorthin gelassen. Wir durften das Grab nie besuchen. Als wir dann nach über 25 Jahren endlich dort waren, war alles verwildert. Das kann man sich nicht vorstellen. Also wenn du nach einem würdigen Gedenken fragst, dann nein. Wenn du meinst, ob wir uns erinnern. Dann ja. Jeden einzelnen Tag.“

OBR: Was hätten Sie sich damals von der Politik und/oder der Zivilgesellschaft gewünscht und was wünschen Sie sich (noch) heute?

Dragan J.: „Ja was hätten wir uns gewünscht? Auf jeden Fall einen sicheren Aufenthalt. Das finde ich auch nicht zu viel verlangt, nachdem was uns hier kurz nach unserer Ankunft in Deutsch-

land passiert ist. Von der Gesellschaft weiß ich nicht was ich da erwarten soll. Alle haben ihre eigenen Probleme. Ich wünsche mir auch keine Aufmerksamkeit. Ich wünsche mir eigentlich nur ein wenig Gerechtigkeit und ein gutes Leben für meine Kinder.“

Wir danken Herrn Dragan J. für das Interview mit dem Beratungsteam der OBR.

Interviewpartner

Dragan J. ist Vater von Jasminka J. und Neffe von Raina J., die am 26. Januar 1994 beim musmaßlich rassistischen Brandanschlag auf die Kölner Notunterkunft der Familie J. ums Leben kamen. 1993 kam Dragan J. mit seiner Familie aus dem ehemaligen Jugoslawien nach Deutschland. Die überlebenden Familienmitglieder leben seither unter den Auflagen einer Duldung und der Unsicherheit einer jederzeit möglichen Abschiebung nach Serbien. Seit 27 Jahren kämpft Dragan J. für den sicheren Aufenthalt seiner Familie in Deutschland.

Autor

Jan-Robert Hildebrandt ist seit knapp dreieinhalb aufregenden Jahren Berater bei der Opferberatung Rheinland. Von Beginn an begleitet und unterstützt er Familie J. in ihren Belangen. Zunächst als Co-Berater und seit 2018 als zentrale Ansprechperson für die Familie. Gemeinsam wurde auch die Spendenaktion geplant und umgesetzt.

Spendenaufruf

Seit mehr als 27 Jahren droht der Familie von Dragan J. die Abschiebung nach Serbien. 27 Jahre in Unsicherheit. 27 Jahre in Ungewissheit. 27 Jahre ohne Gerechtigkeit.

Seit 2016 befindet sich Dragan J. und seine Familie in der Beratung der OBR und bat sie dieses Jahr um Unterstützung in Form eines Spendenaufrufs. Das Ziel: Ein Haus, das der Familie im Fall einer Abschiebung zur Verfügung gestellt wird, braucht dringend ein neues Dach. Auch wenn die Familie weiterhin alles dafür geben wird einen Aufenthalt in Deutschland zu bekommen, ist die Aussicht einer Unterkunft in Serbien zumindest ein Hoffnungsschimmer, im Zweifel einer Abschiebung nicht völlig unterzugehen. Um diesen Hoffnungsschimmer aufrecht zu erhalten, ist die Familie auf Unterstützung angewiesen und bittet daher um jede noch so kleine Spende.

Jeder Cent wird in die Errichtung eines neuen Daches investiert werden. Sollte die Familie letztendlich doch noch das Bleiberecht zugesprochen werden, gäbe es zumindest eine bewohnbare Unterkunft in der Nähe des Grabes von Jasminka in Serbien. Somit könnten nach Aufhebung der Residenzpflicht die verpassten Jahre zumindest ein Stück weit nachgeholt werden.

Um das Dach zu erneuern und das Haus ansatzweise bewohnbar zu machen, ist ein Betrag zwischen 9.000 und 12.000 Euro nötig. Ein Teil des Betrags ist bereits zusammen, es fehlt jedoch noch ein gutes Stück. Wenn Sie Familie J. mit einer Spende unterstützen möchten, informieren Sie sich über [Details auf der Website der OBR](#) und nutzen Sie bitte den folgenden PayPal-Spendenbutton. Bitte fügen Sie die Bemerkung Unterstützung Familie J. hinzu, damit wir die Spende zuordnen können.

Im Namen der Familie J. bedanken wir uns bei Ihnen für Ihre Unterstützung.

Das Team der OBR

Spenden





Über die Bedeutung eines besonderen Schutzes von Schwarzen Berater:innen und Berater:innen Of Color in der Opferberatung

Ein Erfahrungsbericht aus Beratungsperspektive

Asal Kosari

Die Soziale Arbeit bzw. Sozialarbeitende stehen vor einigen Herausforderungen. Es ist nicht nur der Mangel an Wertschätzung für die Profession oder existenziell instabile, projektbasierte Finanzierungen systemrelevanter Berufe, die belastend sein können. Auch bestimmte Tätigkeitsfelder Sozialer Arbeit bergen die Herausforderung in ihrer täglichen Praxis mit fachspezifischen und teils persönlichen psychischen und physischen Belastungen verbunden zu sein. Insbesondere Stellen und Berufszweige, die eigene Betroffenheiten auslösen und verstärken, können gravierende Folgen auf die körperliche Gesundheit der Sozialarbeitenden haben. Dieser Artikel wirft den Blick auf ▶ **Schwarze** Berater:innen und Berater:innen ▶ **of Color**, die in Opferberatungsstellen tätig sind.

Die Beratung Betroffener nach rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt kann auf nicht-weiße Berater:innen besondere, wirkmächtige Auswirkungen haben. Zum einen kann in einer „heterogenen und/oder ▶ **weiß** dominierten [...] Institution“¹ eine mangelnde rassismuskritische Reflexion auf individueller und institutioneller Ebene bestehen, sodass „rassistische Denk- und Handlungsmuster [...] den Alltag“² strukturieren. Zum anderen ist die konkrete Beratungsarbeit durch zwei potenziell belastende Ebenen durchzogen: Zunächst kann die Bearbeitung von Fällen, die nah an der eigenen Lebensrealität sind, eigene Diskriminierungs- bzw. Gewalterfahrungen triggern und teils auch zu eigenen (Re-)Traumatisierungen seitens der Berater:innen führen; darüber hinaus sind die eigenen Diskriminierungserfahrungen, denen die Berater:innen durch die professionelle Bearbeitung der Fälle ausgesetzt sind, eine weitere Be-

lastung. Denn während *weiße* Berater:innen ihre „Privilegien für die Belange der Beratungsnehmenden“³ z.B. bei der Begleitung zu Behörden nutzen können, haben Schwarze Berater:innen und Berater:innen of Color in institutionellen Räumen teils damit zu kämpfen, überhaupt in ihrer Professionalität anerkannt zu werden.⁴

Die Entscheidung sich als Schwarze:r Berater:in oder Berater:in of Color bewusst beruflich mit Missständen der Strukturen und mit den Systemen der Gesellschaft oder auch mit anderen von Diskriminierung betroffenen Personen auseinanderzusetzen, kann empowernd sein. Jedoch kann die Auseinandersetzung mit individuellen, institutionellen und strukturellen Diskriminierungen im Arbeitskontext auch belastend sein und zu Mehrfachverletzungen führen.⁵ Ob ein sozialarbeiterischer Beruf in der Summe dann für den von Diskriminierung betroffenen Sozialarbeitenden empowernd oder entmächtigend ist, hat sicherlich unterschiedliche Gründe. Das Kollegium und die Organisation des Arbeitsverhältnisses, aber auch der arbeitsalltägliche Selbstfürsorge⁶ einer jeden Sozialarbeiter:in haben sicherlich relevanten Einfluss darauf.

3 Vgl. Sarma, Olivia (2021). Beratung unter Rassismusbedingungen. Eine fragende Annäherung an die Bedeutung positionierter Beratung durch weiße Professionelle und Schwarze Professionelle/Professionelle of Color. In: Cholia, Harpreet Kaur/Christin Jänicke (Hg.). Unentbehrlich. Solidarität mit Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Münster: edition assemblage. S. 154.

4 Vgl. ebd.

5 Vgl. Benbrahim, Karima (2021). Empowermentorientierte Rassismuskritik. (De-)Thematisierung von Rassismuserfahrungen und Widerstandsperspektiven aus migrantischer BIPoC-Sicht. In: Bozay, Kemal/Serpil Güner/Orhan Mangitay/Funda Göçer (Hrsg.). Damit wir Atmen können. Migrantische Stimmen zu Rassismus, rassistischer Gewalt und Gegenwehr. Köln: PapyRossa Verlag. S. 139.

6 Selbstfürsorge bedeutet in diesem Zusammenhang Raum und Zeit für Heilung und Regeneration, die nicht unbedingt an materiellen Konsum verknüpft ist.

1 Vgl. Benbrahim, Karima (2021). Empowermentorientierte Rassismuskritik. (De-)Thematisierung von Rassismuserfahrungen und Widerstandsperspektiven aus migrantischer BIPoC-Sicht. In: Bozay, Kemal/Serpil Güner/Orhan Mangitay/Funda Göçer (Hrsg.). Damit wir Atmen können. Migrantische Stimmen zu Rassismus, rassistischer Gewalt und Gegenwehr. Köln: PapyRossa Verlag. S. 139.

2 Vgl. ebd.

Die Schwierigkeit von Selbstfürsorge im Arbeitsalltag hat mit Raum- und Zeitkapazitäten, aber auch mit der direkten Arbeit mit Menschen, die verletzt, traumatisiert oder ratlos sein können, zu tun. Trotz oder gerade aufgrund jeder Bemühung während der Zusammenarbeit die Stärkung von Ratsuchenden und Beratungsnehmer:innen im Fokus haben, kann es passieren, dass eigene Betroffenheiten⁷ der Schwarzen Berater:innen und Berater:innen of Color sichtbar werden. Der Umgang damit aus der Perspektive der Selbstfürsorge, aber auch der Professionalität kann für die beratende Person eine Herausforderung sein, wenn es darum geht die Balance zwischen dem Teilen von Erfahrungswerten und der Einnahme von Raum und Zeit im Beratungsetting einzuhalten.

Darum gilt es, sich als Sozialarbeiter:in andere Räume und Zeit im Arbeitsalltag zu schaffen, um eigene Betroffenheiten zu ver- wie auch bearbeiten und zu heilen. Es braucht rassismuskritische Konzepte, die empowernde (Bildungs-)Angebote „von und für ► **BIPoC**“ ermöglichen, die sie „sowohl als Zielgruppe als auch Expert:innen“ ansehen.⁸

Arbeitnehmer:innen stehen in der Verantwortung diese Möglichkeiten und Räume zu schaffen, ohne darauf zu warten, dass betroffene Schwarze Berater:innen und Berater:innen of Color diese als Forderungen stellen müssen. Es bedarf eines besonderen Schutzes von Sozialarbeitenden mit Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen.⁹ Diese einzufordern, sollte nicht die Aufgabe der Betroffenen sein müssen, sondern liegt in der Verantwortung einer rassismuskritischen und diskriminierungssensiblen Organisation sowie auch eines sich solidarisierenden *weißen* Kollegiums, das seine:ihre Arbeitnehmer:innen und Kolleg:innen in ihrer Gesundheit schützen möchte.

Autorin

Asal Kosari ist Sozialarbeiterin (M.A.) mit dem Schwerpunkt Gesellschaftspolitik. Sie ist Beraterin einer Opferberatungsstelle und engagiert sich in der Bildungsarbeit zu den Themen Rassismuskritik und Empowerment.

► **PoC** = Der Begriff „People of Color“ (PoC) ist eine übergreifende Selbstbezeichnung von Menschen mit Rassismuserfahrungen, die nicht als *weiß* gelesen werden oder sich als weiß positionieren. (vgl. NdM, Glossar: People of Color (PoC))

► **BIPoC** = Die Abkürzung BIPoC steht für Black (Schwarze), Indigenous (Indigene) und People of Color und ist somit eine Sammelbezeichnung. (vgl. NdM, Glossar: People of Color (PoC))

► **Schwarz** = Der Begriff Schwarz ist eine Selbstbezeichnung von Menschen mit Rassismuserfahrungen. Dabei handelt es sich nicht um die Beschreibung einer Hautfarbe, sondern um die politische Selbstbezeichnung, die die gesellschaftliche Zugehörigkeit beschreibt. Um dies zu verdeutlichen wird Schwarz groß geschrieben. (vgl. NdM, Glossar: Schwarze Deutsche)

► **weiß** = Der Begriff *weiß* bezeichnet eine gesellschaftliche Norm und Machtposition und beschreibt somit die gesellschaftliche Zugehörigkeit und Privilegien einer Person. Der Begriff wird als Gegensatz zu den Begriffen Person of Color (PoC), Black Indigenous Person of Color (BIPoC) oder Schwarz verwendet. Da es hier ebenfalls nicht um die Hautfarbe einer Person geht, wird der Begriff klein und kursiv geschrieben. (vgl. NdM, Glossar: weiße Deutsche)

7 Eine intersektionale Perspektive auf Betroffenheiten ist hier relevant, da mehrere Diskriminierungsebenen eine Person belasten können [Anm. d. Verf.in].

8 Vgl. Benbrahim, Karima (2021). Empowermentorientierte Rassismuskritik. (De-)Thematisierung von Rassismuserfahrungen und Widerstandsperspektiven aus migrantischer BIPoC-Sicht. In: Bozay, Kemal/Serpil Güner/Orhan Mangitay/Funda Göçer (Hrsg.). *Damit wir Atmen können. Migrantische Stimmen zu Rassismus, rassistischer Gewalt und Gegenwehr*. Köln: PapyRossa Verlag. S. 140.

9 Selbstverständlich ist die Gesundheit aller Mitarbeiter:innen wichtig. Diese zu schützen ist nicht nur persönliche, sondern auch kollegiale und institutionelle Aufgabe und Verantwortung [Anm. d. Verf.in].



Dringend notwendig: Verbesserter Opferschutz, humanitäres Bleiberecht und effektive Strafverfolgung

Der Vorstand des VBRG e. V.

Pressemitteilung VBRG | Berlin, den 25.10.2021

Die zukünftige Bundesregierung muss den Schutz vor rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt aus Respekt vor den Betroffenen dringend verbessern.

„Auch zwei Jahrzehnte nach dem rassistischen Mord an Enver Şimşek, die den Anfang der rassistischen Mordserie des NSU markiert und zehn Jahre nach der Selbstoffenbarung des NSU-Kerntrios gegenüber Polizei und Öffentlichkeit, ist rassistische und antisemitische Gewalt allgegenwärtig. Und noch immer lässt der Rechtsstaat die Betroffenen allzu oft im Stich.“

14 Menschen starben in den vergangenen 24 Monaten bei rechtsterroristischen, rassistisch, antisemitischen Attentaten und rechten Botschaftstaten: Dr. Walter Lübcke am 2. Juni 2019 in Isthia bei Kassel, Jana L. und Kevin S. am 9. Oktober 2019 in Halle (Saale), Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun und Fatih Saraçoğlu am 19. Februar 2020 in Hanau und Alexander W. am 18. September 2021 in Idar-Oberstein. Dutzende Menschen wurden bei den Attentaten zum Teil schwer verletzt. Die traumatischen Erfahrungen durch den Verlust eines geliebten Menschen und mörderischen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsterrorismus hat das Leben der direkt Betroffenen und der angegriffenen Communities für immer verändert. Im gleichen Zeitraum ereigneten sich täglich mindestens drei bis vier antisemitisch, rassistisch und rechtsextrem motivierte Gewalttaten in Ost- und Westdeutschland, über zweitausend Menschen waren davon direkt betroffen. So unterschiedlich die Tatumstände und Betroffenen auch sind: Die allermeisten teilen die Erfahrungen von blockierter und schleppender Strafverfolgung, verweigerter Aufklärung, mangelnder Verantwortungsübernahme, institutionellem Rassismus und Antisemitismus und materieller Not. „Auch zwei Jahrzehnte nach dem rassistischen Mord an Enver Şimşek, die den Anfang der rassistischen Mordserie des

NSU markiert und zehn Jahre nach der Selbstoffenbarung des NSU-Kerntrios gegenüber Polizei und Öffentlichkeit, ist rassistische und antisemitische Gewalt allgegenwärtig. Doch der Rechtsstaat lässt die Betroffenen allzu oft im Stich,“ sagt Robert Kusche vom Vorstand des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) e. V.

Viele Überlebende, Hinterbliebene und Angegriffene antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt und rechtsterroristischer Attentate werden durch die im VBRG e. V. zusammengeschlossenen unabhängigen Beratungsstellen in 14 Bundesländern unterstützt und begleitet. Die nachfolgenden 5 Forderungen wurden aus der langjährigen Beratungspraxis entwickelt, um auf dringend notwendige Verbesserungen im Opferschutz sowie bei der Bekämpfung von Rechtsterrorismus und antisemitisch, rassistisch und rechts motivierter Gewalt aufmerksam zu machen.

1. Überlebende, Hinterbliebene und Verletzte schwerer rechtsterroristischer, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten benötigen eine **neu zu schaffende, unbürokratische Grundrente mit einer adäquaten Existenzsicherung**. Derzeit werden noch immer viele Überlebende und Hinterbliebene wie etwa in Hanau durch bürokratische Hürden insbesondere der Landesversorgungsämter in Armut und soziale Erniedrigung gedrängt.
2. Das Bundesjustizministerium und die Justizminister:innenkonferenz müssen durch entsprechende gesetzliche Regelungen oder Änderungen in den Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV) dafür **sorgen, dass Staatsanwaltschaften ohne explizites Einverständnis von Nebenkläger:innen keine schmutzigen Deals mehr mit Neonazi-Gewalttätern – wie etwa im Ballstädt-Prozess in Thüringen – machen können.**
3. Eine Erweiterung des Opferschutzes im Aufenthaltsgesetz ist überfällig. Dafür muss die zukünftige Bundesregierung ein Gesetzes-

vorhaben für **ein humanitäres Bleiberecht für Betroffene rassistischer Gewalt ohne festen Aufenthaltsstatus** auf den Weg bringen – durch eine Erweiterung von **Paragraf 25 AufenthG**. Es kann nicht sein, dass Täter:innen profitieren, weil abgeschobene Opfer nicht mehr als Zeug:innen in Strafverfahren aussagen können.

4. Es braucht eine **unabhängige Polizeibeschwerdestelle** auf der Ebene der Bundespolizeien und unabhängige Polizeibeschwerdestellen in allen statt wie derzeit nur in 7 von 16 Bundesländern für Betroffene von polizeilichen Fehlverhalten. Zudem ist die Einigung auf eine bundesweit verbindliche **Arbeitsdefinition von institutionellem und strukturellem Rassismus eine Querschnittsaufgabe für die zukünftige Bundesregierung**, damit es einen Ausgangspunkt für Fortbildungen, Studien etc. in den Bereichen Polizei, Justiz, Bildung etc. gibt. Eine Orientierung kann die Definition der Rassismus-Enquete-Kommission des Thüringer Landtags bieten. Damit verbunden ist die Notwendigkeit für eine explizite **Studie zu Racial Profiling und Rassismus** bei den Polizeibehörden des Bundes und der Länder, um das Ausmaß des Problems zu vermessen sowie wirksame Gegenmaßnahmen einzuleiten.
5. Eine dauerhafte Absicherung der Arbeit von Beratungsstellen wie den Opferberatungsstellen, Mobilen Beratungsteam und der Antidiskriminierungsberatung ist ein wichtiges Zeichen der Solidarität des Staates mit den Betroffenen von Antisemitismus, Rassismus,

Diskriminierung und Rechtsextremismus. **Eine zukünftige Bundesregierung muss durch ein Demokratiefördergesetz sicherstellen, dass die Arbeit der Beratungsprojekte und ihrer Kooperationspartner:innen im Bund und den Ländern dauerhaft abgesichert ist.**

„Die zukünftige Bundesregierung muss den verbesserten Opferschutz und eine effektive Strafverfolgung bei rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt zur Priorität machen und mit konkreten Maßnahmen in den Bereichen Innenpolitik, Justiz und Demokratieförderung aus Respekt gegenüber den Betroffenen umsetzen“, betont Robert Kusche. „Die Erfahrungen unseres Netzwerks aus spezialisierten Beratungsstellen in 14 Bundesländern zeigen: Diese konkreten Maßnahmen sind wichtige Schritte, um das bei vielen Betroffenen rassistischer und antisemitischer Gewalt und Bedrohungen erheblich beschädigte Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden wiederherzustellen.“

Autor:innen

Der **Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) e. V.** setzt sich dafür ein, dass Betroffene rechter Gewalt bundesweit Zugang zu professionellen, unabhängigen, kostenlosen und parteilich in ihrem Sinne arbeitenden Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen erhalten. Derzeit sind 14 unabhängige Beratungsstellen für Betroffene rechts, rassistisch und antisemitisch motivierter Gewalt aus 12 Bundesländern im VBRG e. V. zusammengeschlossen.



Antirassistische Bildung und Empowerment

Interview von Sabrina Hosono mit Ali Yildirim

Am Abend des 19. Februar 2020 wird in Hannover ein rechtsterroristischer, rassistischer Anschlag verübt, bei dem neun Menschen ermordet werden: Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kenan Kurtović, Vili-Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov.

Auf Initiative der Mutter des verstorbenen Ferhat Unvar, Serpil Temiz-Unvar, gründet sich im November desselben Jahres die Bildungsinitiative Ferhat Unvar. Um Erfahrungen mit Rassismus und Diskriminierung entgegenzuwirken, setzt die Bildungsinitiative genau da an, wo diese Erfahrungen gemacht werden, nämlich im täglichen Leben der jungen Menschen. Die Bildungsinitiative möchte Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen Raum geben, sich selbst auszudrücken, um eigene Bedürfnisse zu benennen und Chancengleichheit einzufordern.

Das Team der OBR durfte mit Ali Yildirim, Mitbegründer und Projektkoordinator der Bildungsinitiative, sprechen:

OBR: *Wie haben Sie die Zeit nach dem Anschlag erlebt und wie kam es zu der Idee, eine Bildungsinitiative zu gründen?*

Ali Yildirim: Nach dem Anschlag war bei mir sehr viel Wut. Man hat zwar immer wieder von der Kontinuität rechter Gewalt gehört, aber ich habe mir niemals ausmalen können, dass es irgendwann meine Stadt trifft. Viele von uns sind nach der Tat vor allem im Aktivismusbereich sehr aktiv geworden – viele junge Menschen, die vorher nicht politisch aktiv waren. Das ist etwas, was der 19. Februar mit jungen Menschen getan hat, weil jeder Berührungspunkte mit einem der Opfer hat.

Der erste Anhaltspunkt für viele von uns war die Initiative 19. Februar, die gegründet wurde von den neun Familien. Der Grundgedanke war, dass die Familien einen Ort haben, um gemeinsam trauern zu können. Und auch einen Anlaufpunkt für Menschen, die sich solidarisch zeigen.

Im September hat mir Serpil von ihrer Idee berichtet, eine Bildungsinitiative in Gedenken an Ferhat zu gründen. Das hat den Ursprung darin,

dass Ferhat in seiner Schulzeit sehr viele rassistische Erfahrungen gemacht hat. An Ferhats 24. Geburtstag, dem 14.11.2020, haben wir die Bildungsinitiative Ferhat Unvar gegründet.

OBR: *Sie fokussieren sich in Ihrer Bildungsarbeit auf rassistische Erfahrungen in der Schule und im Alltag von Kindern und Jugendlichen. Warum ist Ihnen genau diese Arbeit so wichtig?*

Ali Yildirim: Für uns ist Bildung der beste Weg, um gegen Rassismus anzukämpfen. Vor allem in der Institution Schule kann durch Bildung sehr viel auch für die Zukunft verändert werden. Wenn wir direkt bei jungen Menschen für Aufklärung sorgen, dann lässt sich Rassismus oft schon im Keim ersticken.

Wir haben direkt im Januar 2021 mit den Workshops begonnen – mit einem Konzept zum 19. Februar. Wir erklären: was ist passiert, was ist schiefgelaufen, was hat das mit uns gemacht? Die Einzigartigkeit unserer Bildungsinitiative ist, dass wir immer eine junge Person dabei haben. Wir gehen also immer zu zweit in Workshops – eine Bildungsreferent:in, mit der fachlichen Expertise, aber auch als selbst betroffene Person, und eine junge Person, meist eine Freund:in von Ferhat Unvar.

Wir haben angefangen mit Siebt- bis Zehntklässler:innen, mittlerweile möchten wir auch an Grundschulen gehen und so früh wie möglich ansetzen. Für das nächste Jahr haben wir schon Projekte mit Kindergärten und Erzieher:innen, in denen es um Sensibilisierung geht.

OBR: *Viele Kinder und Jugendliche in Deutschland machen rassistische und diskriminierende Erfahrungen. Könnten Sie uns einen Einblick in die Arbeit der Bildungsinitiative geben?*

Ali Yildirim: Wir bekommen deutschlandweit Anfragen von Schulen.

In unseren Workshops ist es uns immer sehr wichtig, dass wir präventive Arbeit leisten. In einem Peer-to-peer-Prinzip wollen wir deutlich machen: Wir machen dasselbe durch, wir haben dasselbe durchgemacht. Aber auch: In unserer Schulzeit wurde nichts gegen Rassismus unternommen und ihr habt jetzt die Möglichkeit. Wir

haben einen Freund verloren, wir haben diese Erfahrungen gemacht, aber wir machen etwas Positives daraus und versuchen zu zeigen, wie wichtig es ist, auf bestimmte Dinge zu achten. Wir haben mittlerweile eine breite Palette an Workshopkonzepten – auch eigene, die wir selbst entwickeln.

Wir machen sehr viel interaktiv – das ist uns ganz wichtig. Wir wollen außerdem einen safe space schaffen – einen bewertungsfreien Raum. Sobald unsere Ladeneröffnung im November stattgefunden hat, werden wir hier für Lehrkräfte speziell Sensibilisierungsworkshops anbieten, aber an den Schulen möchten wir z. B. keine Lehrkräfte dabei haben, damit Schüler:innen ihre Meinung frei äußern können.

OBR: Was wünschen Sie sich persönlich jetzt und zukünftig von Politik und auch von Zivilgesellschaft?

Ali Yildirim: Von der Politik wünsche ich mir, dass Selbstorganisationen, wie z. B. auch unsere Initiative, gefördert werden. Dass nach dem 19. Februar auch Personen in hohen politischen Ämtern sagen, wir haben ein Rassismusproblem in Deutschland – das hätte ich auch vor Jahren schon sagen können. Aber es reicht nicht zu sagen, wir stehen zu Hanau, oder wir machen es beim nächsten Anschlag besser: wir müssen anerkennen, dass Rassismus ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, und uns alle angeht – ob wir davon betroffen sind oder nicht. Es ist ein Problem unserer Gesellschaft und es kostet Leben.

Die Bundestagswahl hat mir gezeigt, dass die Notwendigkeit noch nicht angekommen ist. Wenn man sich alle Parteiprogramme anguckt, hat man vielleicht in zwei Parteiprogrammen etwas von Hanau gelesen – in einem oder zwei Sätzen.

Von der Zivilgesellschaft habe ich sehr viel Solidarität erfahren. Ich sitze hier gerade in unseren Räumlichkeiten. Wenn die ganzen Spenden nicht wären, würde es diese Räumlichkeiten nicht geben und wir könnten unsere Arbeit nicht in dem Umfang machen.

Mein Appell geht trotzdem an Leute, die selber nicht von Rassismus betroffen sind, dass diese Menschen ein Bewusstsein entwickeln dafür, dass dieses Problem uns alle betrifft. Es macht schon einen Unterschied, diverse Literatur zu lesen, sich weiterzubilden und zu informieren, auch darüber, warum bestimmte Begrifflichkeiten, die man im Alltag benutzt, verletzend sind. Diese Eigeninitiative wünsche ich mir vor allem von **weißen** Menschen.

OBR: Der Anschlag in Hanau ist keine zwei Jahre her. Was gibt Ihnen in der Bildungsinitiative die

Kraft für Ihre Arbeit und Ihr Engagement gegen Rassismus?

Ali Yildirim: Für viele von uns, und auch für mich ist es zum einen die Liebe zu Ferhat. Ich bin der Meinung, ich bin ihm das schuldig. Und natürlich: Serpil. Unsere Gründerin hat einen sehr großen Beitrag dazu geleistet, dass viele junge Menschen sich bei uns engagieren. Sie hat uns klar vermittelt, dass sie das Recht hätte, wütend zu sein, und auch in eine Anti-Haltung zu gehen – aber sie das nicht macht. Sondern, dass sie aus dieser Wut, auch aus diesem Hass, etwas Positives, etwas Konstruktives macht. Und damit hat sie, glaube ich, sehr viele junge Menschen hier aus Hanau mitgenommen und ihnen die Möglichkeit gegeben, aus unserem Frust, dem Hass, der Wut etwas Gutes zu machen. Uns ist wichtig: wir leben in diesem Land gerne. Wir sagen: dieses Land gehört auch uns, ob es einigen Menschen gefällt oder nicht. Hanau ist meine Heimat und wird es immer bleiben. Ich möchte dafür sorgen, dass andere Kinder diese Erfahrungen nicht machen müssen, wie sie Ferhat gemacht hat, wie ich es auch musste. Deswegen möchte ich für diese Gesellschaft, für dieses Land etwas verändern.

OBR: Unser Halbjahresmagazin steht diesmal unter dem Themenschwerpunkt „Kämpfe um Anerkennung und Gedenken“. Wenn Sie möchten, können Sie gerne benennen, was Sie dazu derzeit beschäftigt.

Ali Yildirim: Zum Thema Gedenken kann ich Hanau nur loben. Ich bin der Meinung, dass wir in Hanau einiges richtig gemacht haben, vor allem in der Erinnerungsarbeit. Wir haben klar gemacht, dass Begriffe wie „Shisha-Morde“ nicht in Ordnung sind.

Uns ist in der Erinnerungsarbeit wichtig, nicht nur zu sagen, wir haben hier neun Menschen verloren und neun Namen zu nennen – sondern deutlich zu machen, dass hinter diesen Namen Menschen stecken, mit einer Vergangenheit, mit einer Gegenwart und auch mit Plänen für die Zukunft.

Was uns viel Mut gibt ist, dass sich so viele andere Angehörige oder auch Initiativen mit uns vernetzen und sagen: egal was ist, wir stehen zusammen. Und das geben wir zurück. Wir haben so diverse Bewegungen, wie die LGBTQ-Bewegung oder die Black-Lives-Matter-Bewegung, bei denen wir sagen: Wir sind alle Minderheiten in dieser Gesellschaft, aber wir tun uns jetzt zusammen und stehen gemeinsam – solange, bis unsere Forderungen umgesetzt werden. Da sind mehrere tausend Leute und wir sagen: Wir stehen gemeinsam. Das sind unsere Forderungen. Die Zeit, in der wir leise sind und uns unter den Teppich kehren lassen, ist vorbei. Wir möchten Veränderung. Das gibt mir sehr viel Kraft und

sehr viel Hoffnung und ist auch einer der Gründe, warum wir diese Arbeit machen können.

Das Team der OBR bedankt sich bei Ali Yıldırım für das Interview.

Autorin

Sabrina Hosono arbeitet als Referentin für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Opferberatung Rheinland. Darüber hinaus ist sie als freie politische Bildnerin mit Schwerpunkt im Themenkomplex Diskriminierungskritik tätig.

Interviewpartner

Ali Yıldırım ist ein Gründungsmitglied der Bildungsinitiative Ferhat Unvar und deren Projektkoordinator. Er ist in Hanau geboren und aufgewachsen. Als ein Kindheitsfreund von Ferhat Unvar liegt ihm die Bildungsinitiative besonders am Herzen. Seit dem rechtsterroristischen Anschlag in Hanau am 19. Februar 2020 ist er aktiv im Kampf gegen Rassismus, hat eine Demokratie-Trainer:innenausbildung absolviert und gibt Workshops im Bereich der anti-rassistischen Bildungsarbeit.

Bildung gegen das Vergessen – für eine gelebte Gedenkkultur

Sabine Reimann

Im Herbst 1941 begannen die Nazis damit, deutsche Jüdinnen* und Juden* aus dem Reich „nach Osten zu evakuieren“ – was nichts anderes hieß, als sie endgültig aus ihrem Leben herauszureißen und in Ghettos in Osteuropa und von dort aus in KZ und Mordlager zu verschleppen. Zuvor hatten sie sich auf Befehl der Gestapo an einer Sammelstelle einzufinden. In Düsseldorf handelte es sich dabei um den städtischen Schlachthof in Derendorf. Von den fast 6.000 Menschen, die zwischen 1941 und 1944 von dort aus deportiert wurden, überlebten nur wenige Hundert die Shoah. Auf dem ehemaligen Schlachthofgelände befindet sich heute der Campus der Hochschule Düsseldorf (HSD). Die Großviehhalle, der historische Schauplatz des Verbrechens, wurde erhalten. Der Erinnerungsort Alter Schlachthof (EOAS) macht dort die Geschichte des Ortes sichtbar und erinnert an die Schicksale der Verfolgten.

Erinnerungsarbeit an Orten nationalsozialistischer Verbrechen steht zwangsläufig vor der Herausforderung, dass diese mehr als 80 Jahre, fast ein ganzes Leben lang, her sind. Der generationale Abstand und die emotionale Distanz zum Geschehen wachsen. Bei Jüngeren können allenfalls noch die Urgroßeltern in der Nazizeit verortet werden, familiäre Bezüge spielen gerade in einer Einwanderungsgesellschaft mit internationalen Biografien kaum noch eine Rolle.

Jede Generation bringt ihre eigenen und neue Fragen mit in die Gedenkstätten. Die historisch-politische Bildung kann sie auf Grundlage dokumentierter Wissensbestände, der konkreten Geschichte vor Ort, aus verschiedenen historischen Perspektiven und mit Hilfe biografischer Fallbeispiele beantworten. Die Brücken für ein Lernen aus der Geschichte, Orientierungen für einen ethischen Kompass in der Gegenwart,

bauen sich dabei aus gesellschaftspolitischen Diskursen und den Lebensrealitäten der Besucher:innen: eigene Erfahrungen mit Rassismus, Fluchtgeschichten, Antisemitismus-Vorwürfe, der letzte Wahlsieg der AfD – viele aktuelle Themen lassen sich im historischen Kontext besser analysieren, einordnen und begreifen. Daraus lässt sich eine fundierte und reflektierte Haltung erarbeiten, mit der Gedenken und Erinnern als kulturelle Praxis verstanden und gelebt werden kann. Befragt man Gedenkstättenbesucher:innen, wie sie die Gedenkkultur zu den Nazi-Verbrechen wahrnehmen, erscheinen die Auschwitzfahrt in der Schule, das Stolpersteine putzen oder das Kranzablegen oft als ritualisierte und staatstragende, teils obligatorische Veranstaltungen, die moralisch hochgradig aufgeladen sind. Bei einigen evozieren sie die Befürchtung, sich falsch oder unangemessen zu verhalten – trotz eines großen Respekts und intensiven Mitgefühls gegenüber den Opfern.

Bildung an NS-Gedenkorten sollte deswegen auch Räume öffnen, in denen Erinnerungsarbeit eigenständig und partizipativ entwickelt werden kann. Gerade lokale Gedenkstätten bieten die Chance, die oft als abstrakt und absolut unbegreiflich empfundene Geschichte des Holocaust entlang konkreter Beispiele im eigenen Sozialraum zu erzählen und zu erinnern. Jede Lerngruppe findet in der Regel einen inhaltlichen Schwerpunkt und oft einen kreativen Ausdruck, wenn sie darin unterstützt werden, ein erinnerungskulturelles Projekt zu entwickeln: Da sind beispielsweise Jugendliche, die das Thema der als „asozial“ Verfolgten in Raps verarbeiten; Studierende, die eine türkischsprachige Führung für die lange vergessene erste Gastarbeiter:innengeneration schreiben; Schüler:innen, die mehr wissen wollen über antisemitischen Terror nach 1945 und einen Peer-to-peer-Rundgang zum Wehrhahn-Anschlag in Düsseldorf entwi-

ckeln. Stichworte sind hier forschendes Lernen, lokalgeschichtliche Spurensuche und Gestaltungsfreiräume, die eine kritische und authentische Erinnerungsarbeit unterstützen.

Bildungsarbeit „gegen das Vergessen“ bedeutet auch, aktuellen Versuchen der Umdeutung und Instrumentalisierung der Nazi-Verbrechen etwas entgegenzusetzen. In den Protesten gegen die Infektionsschutzmaßnahmen wurde Antisemitismus deutlich sichtbar. Dabei trat er nicht nur in Form antisemitischer Verschwörungserzählungen auf, sondern auch als Verharmlosung und Relativierung des Holocausts: Protestierende inszenierten sich als „neue Juden“, in dem sie sich gelbe Sterne mit der Aufschrift „ungeimpft“ anhefteten, und nahmen das Demonstrationsrecht wie die Meinungsfreiheit in Anspruch, um gegen die „Corona-Diktatur“ zu rebellieren. Die 2G-Regel, die nicht geimpften Personen einen Zutritt verwehrt, wurde in den sozialen Medien mit „Das hatten wir doch schon mal“ oder „Wehret den Anfängen! 1933!“ kommentiert. Dabei handelt es sich nicht um ein grundsätzliches Defizit an Wissen über die antisemitischen Ausgrenzungsmaßnahmen und ihre mörderischen Konsequenzen. Es ist vielmehr eine Vereinnahmung dieses Wissens für die eigene politische Selbstdarstellung. Eben weil die historischen Fakten bekannt sind, werden sie zum Vergleich herangezogen. Extrem verflacht, fragmentiert und historisch entkoppelt werden sie teils provokativ, teils ganz selbstverständlich, für die eigenen Zwecke missbraucht. Seit ‚den Juden‘, so

die krude Botschaft, sei keine Minderheit mehr so sehr diskriminiert worden wie Menschen ohne eine Impfung. Erkennbar wird hier eine Deutung der NS-Geschichte, die in der Forschung bereits länger kritisch diskutiert wird, nämlich die Universalisierung des Holocaust. Darin wird der Massenmord der Nazis an der jüdischen Bevölkerung Europas nach und nach von der einzigartigen historischen Situation gelöst und zur globalen, allgemeingültigen Metapher für Unmenschlichkeit, Unrecht und Leid erklärt.

Problematisch ist daran, dass in dieser universellen Betrachtung des Holocaust die Rolle von Opfern und von Täter:innen, das Verständnis von Ursache und Wirkung und die Bedeutung von Schuld und Verantwortung aufgelöst werden. Historisch-politische Bildung muss auf diesen Diskurs sehr kritisch eingehen und dabei ausdrücklich auf die Gefahr hinweisen, die er mit sich bringt: nämlich die Singularität des Holocausts in Frage zu stellen und damit wiederum die Türen für Verharmlosung und Relativierung der Shoah zu öffnen. Was letztendlich hieße, die Würde der Ermordeten und die Gefühle ihrer Nachfahren erneut zu verletzen.

Autorin

Sabine Reimann ist Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Bildung vor Ort“ am Erinnerungsort Alter Schlachthof in Düsseldorf.

Zweitzeug:innen – aktiv gegen das Vergessen

Frederike Geyer und Alexander Homberg

»Denn ihr seid jetzt meine Zeitzeugen. Vergesst das nicht. Ich brauche euch, um meine Geschichte weiter zu erzählen.«

Wir von ZWEITZEUGEN e. V. durften die Zeitzeugin Eva Weyl in ihrem Zuhause besuchen und zu ihrer persönlichen (Über-)Lebensgeschichte befragen. Wir übernehmen damit einen Teil der Verantwortung, die Erlebnisse der Zeitzeug:innen „Gegen das Vergessen“ zu bewahren.

76 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz und dem Ende des Zweiten Weltkrieges werden die Menschen, die den folgenden Generationen von den Grausamkeiten des Holocausts berichten können, immer weniger. Doch in unserer Gesellschaft nehmen rassistische und antisemitische Anschläge und Übergriffe zu. Daher ist das Erinnern und Weitertragen der Erlebnisse der Zeitzeug:innen eine Pflichtaufgabe. Immer mehr Kinder und Jugendliche können mit den Begriffen „Holocaust“ oder „Shoah“ nichts mehr an-

fangen. Sie wissen nicht, welche Ereignisse und welcher Schrecken sich hinter diesen Worten verstecken. Deshalb müssen wir alle einen Beitrag leisten, das Wissen und die Erinnerung nicht zu verlieren, um in einer weltoffenen und vielfältigen Gesellschaft leben zu können. Rassismus und Antisemitismus sind in unserer heutigen Gesellschaft Herausforderungen, die sich neben einer Verschiebung des individuell Akzeptierten auch in vielerorts wahrnehmbarem, politischem Druck rechter Parteien äußern. Berichte über rassistische sowie antisemitische Ereignisse und Äußerungen sind zu einer bedenklichen, alltäglichen Realität geworden.

Diese Entwicklungen lassen sich nicht auf Stadtviertel, Bundesländer oder Bevölkerungsgruppen reduzieren. Vorurteile stecken tief in jeder Person. Wachsender Rechtsextremismus findet erschreckende Ausmaße in gewaltvollen Handlungen und wird durch Schweigen der anderen zu einer noch größeren Gefahr für unsere de-

mokratische Gesellschaft. Es ist wichtig, Menschen innerhalb der Zivilgesellschaft für diese Entwicklungen zu sensibilisieren und Mut zu einer aktiven Gegenpositionierung zu machen. Unsere Geschichte zeigt, wohin Ausgrenzung, Diskriminierung sowie rassistische und antisemitische Haltungen führen können. Mit der zunehmenden zeitlichen Distanz zum Nationalsozialismus erstarken die Stimmen, die eine kollektive Erinnerung an diese Zeit „ruhen“ lassen wollen. Neben Gedenkstätten und Museen oder Darstellungen in Film und Literatur, nehmen sich auch Bildungseinrichtungen der Aufgabe an, insbesondere jungen Menschen Wissen über den Holocaust und die Ereignisse der NS-Zeit zu vermitteln. Doch es fehlt oft an Lehrkonzepten, die den Kindern und Jugendlichen die Aktualität und Relevanz der Geschichte verdeutlichen. So werden durchaus Fakten vermittelt, diese erreichen junge Menschen häufig jedoch nicht in ihrer eigenen Lebenswelt und vermitteln selten Bezug zu den Geschehnissen von heute.

Der Verein ZWEITZEUGEN e. V. ermutigt junge Menschen dazu, sich aktiv als Zweitzzeug:innen einzusetzen. Dazu erzählen die Engagierten vom Leben der Zeitzeug:innen vor, während und nach dem Holocaust – von Kindheitserlebnissen, Träumen und Freundschaft; von Verfolgung, Verlust und Neuanfängen.

Die persönlichen Erlebnisse der Zeitzeug:innen schaffen dabei Bezüge in die eigene Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen. So werden die Geschehnisse von damals verständlicher und persönlich bedeutsam. Methodisch unterstützt, erlernen sie neues Wissen über die systematische

Verfolgung zur NS-Zeit, historische Ausgrenzungsmechanismen und Antisemitismus sowie Rassismus in der Gegenwart zu erkennen. Die Zeitzeug:innen und auch wir erzählen ihre Geschichten, damit die junge Generation aus der Vergangenheit lernen kann. Das ermutigt die Kinder und Jugendlichen, als Zweitzzeug:innen selbst aktiv zu werden: Sie antworten in Briefen und setzen eigene Projekte wie Kurzfilme oder Gedenkveranstaltungen um.

Wie wichtig der Verein ZWEITZEUGEN e. V. ist, bestätigen etwa 2.000 Kinder und Jugendliche, die allein im Jahr 2020 zu Zweitzzeug:innen wurden und das trotz der schwierigen Pandemiesituation. Der Verein verfolgt dabei einen didaktischen Ansatz „Herz – Kopf – Hand“:

- Herz | Durch die individuellen (Über)Lebensgeschichten bekommen (junge) Menschen einen niederschweligen, persönlichen Zugang zur Geschichte.
- Kopf | Sie erhalten Wissen über die NS-Zeit sowie über historischen und aktuellen Antisemitismus und Rassismus.
- Hand | Sie verknüpfen das Gelernte mit der Gegenwart und ihrer eigenen Lebenswelt. Sie werden ermutigt und befähigt, sich selbst gegen Antisemitismus und Rassismus einzusetzen.

Autor:innen

Frederike Geyer und **Alexander Homberg** engagieren sich ehrenamtlich im ZWEITZEUGEN e. V.



Lesenswerte Medientipps

Bündnis Tag der Solidarität – Kein Schlusstrich Dortmund (Hg.) (2020): Trauer, Wut und Widerstand. Antirassistische Initiativen und Gedenkpolitik.

Perinelli, Massimo/Lydia Lierke (Hg.) (2020): Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive.

Newroz Duman und İbrahim Arslan (2021): Von Mölln bis nach Hanau: Erinnern heißt verändern.

Zweitzeugen e. V. (Hg.): Überlebensgeschichten.

Bildungsmaterialien

DOMID e. V.: Virtuelles Migrationsmuseum.

Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V. (Hg.): Geschichte in Bewegung. Kombinierte Bildungsangebote zu NS-Zeit, Erinnerungspolitik, Demokratieverständnis und vielfältiger Gesellschaft.

Netzwerk für Demokratie und Courage Saar e. V. (Hg.) (2020): Erinnerung muss gelebt werden. Eine Handreichung zu Erinnerungsarbeit und Gedenkstättenpädagogik.

Sehenswerte Medientipps

Initiative 19. Februar Hanau: Wir klagen an! Ein Jahr nach dem rassistischen Terroranschlag (19.02.2021).

Initiative DU 26. August 1984: Gegen das Vergessen – für die Aufklärung!

Katapult: Todesopfer rechter Gewalt 1990-2020.

Hörenswerte Medientipps

Deutschlandfunk Kultur: Erinnerungskultur im globalen Kontext (28.03.2021).

Podcast DialoguePerspectives: ERINNERUNGS-FUTUR: Folge 4 – Max Czollek im Gespräch mit Alice Hasters und Mohamed Amjahid (16.11.2021).

Podcast: ManyPod #9: Multidirektionales Erinnern gegen Rassismus und Antisemitismus. Massimo Perinelli und Sina Arnold im Gespräch mit Michael Rothberg (30.04.2021).

Podcast Widerstand und Widerrede: 8. Mai – Erinnerungskulturen und solidarische Praxen – mit Ayesha Khan (08.05.2021).

Informationsstellen

Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in NRW e. V. – Geschichtsort Villa ten Hompel Münster

Solidarische Gesellschaft der Vielen e. V.

ZWEITZEUGEN e. V.

Doing Memory für eine plurale Gesellschaft

Erinnerungsort Alter Schlachthof Düsseldorf

Hinweise für Betroffene

Amadeu Antonio Stiftung (2021): NWO, ZOG und Globalisten – deconstruct:antisemitism! Antisemitische Codes und Metaphern erkennen. Online.

Bundesverband Mobile Beratung (BMB)/Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) e. V. (Hg.) (2021): Neuer Ratgeber: „Rechte Angriffe im Netz. Auswirkungen und Handlungsempfehlungen“. Online.

Fajembola, Olaolu/Nimindé-Dundadengar, Tebogo (2021): Gib mir mal die Hautfarbe. Mit Kindern über Rassismus sprechen. 2. Aufl. Weinheim Basel: Beltz.

Wachs, Sebastian/Barbara Koch-Priewe/Andreas Zick (Hg.) (2021): Hate Speech – Multidisziplinäre Analysen und Handlungsoptionen. Theoretische und empirische Annäherungen an ein interdisziplinäres Phänomen. Wiesbaden: Springer VS.

Impressum

Online-Magazin „Hinsehen“ der OBR
Magazin Nr. 3
Ausgabe 2/2021
 ISSN 2749-4748

Copyright © 2021
 Redaktionsschluss: 30.11.2021
 Düsseldorf, Dezember 2021

Herausgeber:

Opferberatung Rheinland (OBR) – Beratung und Unterstützung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt c/o IDA e. V.

Volmerswerther Straße 20 | 40221 Düsseldorf
[info\[at\]opferberatung-rheinland.de](mailto:info[at]opferberatung-rheinland.de)
www.opferberatung-rheinland.de

Tel: 01 78 / 8 11 39 00
 Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Redaktion: Regina Gahbler, Sabrina Hosono

V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker (Geschäftsführer IDA e. V.)

Layout: Doris Busch Grafikdesign

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemitteilungen entnommen.

Anmerkung der Redaktion:

Die Artikel enthalten Perspektiven, Meinungen und Positionen der jeweiligen Autor:innen, diese können von der Position der Opferberatung Rheinland (OBR) abweichen.

Datenschutz

Wir haben zum Versenden des Online-Magazins Ihre E-Mail-Adresse (und ggf. weitere personenbezogene Daten) gespeichert. Wir nutzen die gespeicherten Kontaktdaten nur, um Ihnen das Online-Magazin zukommen zu lassen.

Wenn Sie das Online-Magazin nicht mehr von uns erhalten möchten, können Sie dieses jederzeit abbestellen, indem Sie uns eine formlose E-Mail an [info\[at\]opferberatung-rheinland.de](mailto:info[at]opferberatung-rheinland.de) senden. Wir werden die Adresse dann aus dem Verteiler entfernen.

Gefördert von

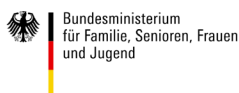


demokratie leben

Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!